



Inhalt



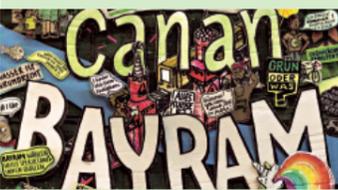
Ströbele Seite 2



Seenotrettung Seite 4



A100 Seite 4



Plakateinlage



East Side Gallery Seite 8

Mit Canan unterwegs	3
Programmparteitag	4
Xhain r2g	5
Interview Florian Schmidt	5
Bilogische Vielfalt	5
Rund ums Bezirksparlament	6
Grün in Xhain	6
Bezirksmedaille	7
Silvio Meier Preis 2017	7
Beyond the Wall	7
Görli	7
Dragoner Areal	9
Schließung von Tegel	9
Berlin r2g	9
Faire Mieten	10
Tourismus	10
Impressum	10
Bockbrauerei	11
Service	11

Prenzlauer Berg-Ost	
Empathie auf den Straßen	12
Bezahlbare Wohnungen	12
Mühlenkiez	12



CANAN FÜR XHAIN

und Prenzlauer Berg-Ost

Canan Bayram vor dem Neuen Kreuzberger Zentrum am Kotti

Foto: Tim Lüddemann

Die Häuser denen, die drin wohnen

Mieter*innen von Wohnungen und Gewerbe sind immer mehr vom Verdrängung betroffen. Dagegen will ich im Deutschen Bundestag wirksame Gesetze einbringen. Wir müssen die Enteignung als Spekulationsbremse einsetzen.

In den letzten Jahren drehen sich immer mehr Konflikte in meinem Wahlkreis um das Thema Mieten. Unsere Nachbar*innen werden aus ihren Wohnungen verdrängt, die Mieten steigen und belasten das Familienbudget. Viele können sich die Mieterhöhungen nicht leisten und verlieren mit der Wohnung auch das soziale Umfeld, das heißt Nachbarn und Freunde sowie Schule und Kita der Kinder. Die Frage stellt sich immer drängender, ob sich nur noch reiche Menschen das Wohnen innerhalb des S-Bahn-Rings leisten können.

Noch immer können die Mieten alle drei Jahre um bis zu 15 Prozent erhöht werden. Bei nahezu null Prozent Inflation. Gegen dieses Bundesgesetz möchte ich im Bundestag vorgehen. Ohne Wohnwert-Verbesserung sollen Mieterhöhungen nur in Höhe der Inflationsrate erlaubt sein. Als erste Schritte in diese Richtung fordere ich eine effektive Verschärfung der Mietpreisbremse.

Die Modernisierungumlage ist in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und neu zu gestalten. Natürlich müssen wir die dahinterliegenden ökologischen Fragen angehen. Denn noch immer verbrennt allein unser Bezirk jeden Winter einen ganzen riesigen Öltanker voll mit fossiler Energie. Doch faktisch wird die ökologische Modernisierung von vielen Hausbesitzern missbraucht, um dauerhaft die Mieten zu erhöhen. Als Sofort-Maßnahme sollte die Modernisierungumlage gesenkt und auf die Dauer der Rückzahlung begrenzt werden. Und langfristig könnten die Kosten für nachgewiesenen sinnvolle Maßnahmen zu je einem Drittel zwischen den Hauseigentümern, den Mietern und dem Staat geteilt werden.

Inzwischen ist die Verdrängung zunehmend auch bei den Gewerberäumen angekommen und verändert ganze Kieze. Der Kinderladen fliegt aus seinen Räumlichkeiten, Kleinstgewerbe kann sich die Mieten nicht mehr leisten und einen Kaffee oder ein Bier in der neuen Kneipe können sich Anwohner*innen nicht leisten, wenn die Preise durch die absurd hohen Gewerbemieten auch für die Verbraucher*innen steigen. Gegen diese Entwicklung organisieren sich viele Initiativen im Kiez und wollen gegen die Verdrängung kämpfen. Sie stellen berechtigte Forderungen an die Politik, dass diese sich auf der Seite der Anwohner*innen für den Erhalt der kleinen Läden einsetzt. Doch vieles lässt sich nicht auf Berliner Ebene regeln, da es sich um Bundesgesetze handelt. Deshalb möchte ich diese Themen in den Bundestag tragen.

Eigentumsverschleierung beenden

Im Bundestag möchte ich Initiativen einbringen, um entschieden gegen renditeorientierte Immobilienfonds vorzugehen. Es ist absurd, wenn unsere lokalen Behörden nur mit eigentumsverschleiernden Fonds konfrontiert sind, aber nicht mit den eigentlichen Eigentümern. Nicht nur bei der Rigaer 94 ist dies der Fall, auch bei den Auseinandersetzungen um die Kommunalisierung des Neuen Kreuzberger Zentrums (NKZ) wusste selbst die Senatorin nicht, wer hinter dem meistbietenden Fonds stand. Als ersten Schritt möchte ich ein Gesetz zur Offenlegung der Eigentumsverhältnisse einbringen. Damit Briefkastenfirmen zum Beispiel mit

Sitz in Luxemburg oder sogenannten „Steueroasen“ schon von vornherein aus dem Spiel sind. Mietwohnungen wären in mieterbestimmten Genossenschaften und kommunalen Wohnungsgesellschaften wesentlich besser aufgehoben. Und nicht bei skrupellosen Hausbesitzer*innen und Fonds, die sich nur für die Lage, den Immobilienwert und das Vermehren von Reichtum durch Rendite interessieren.

Enteignung als Spekulationsbremse

Weiter frage ich mich, warum bei so existentiellen Dingen wie Wohnen nicht auch enteignet werden kann, um Mieter*innen wirksam zu schützen? Beim Bau von Autobahnen wie der A 100 wird es ganz selbstverständlich gemacht, weil es der „Allgemeinheit“ dient. Mit einem Plan zum Erhalt der sozialen Mischung in der Stadt wäre nicht nur das Interesse des einzelnen Mieters, in der Wohnung zu bleiben, geschützt, sondern auch die Wohnung als Mietwohnung generell. Dies hätte zugleich eine abschreckende Wirkung gegenüber Spekulant*innen, die immer skrupelloser das Zuhause der Mieter*innen als Ware verschern und zwar ohne sich ihrer Verpflichtung zu stellen. Viele Menschen fragen sich, warum die Politik nicht alles tut, um sie vor solchen Spekulant*innen zu schützen. Und genau da könnte eine Enteignung Lösungen bieten, um gegen Zahlung des Verkehrswertes die Wohnung der Spekulation zu entziehen.

Ein weiteres Problem sind die überhöhten Immobilienpreise, die beim

Kaufpreis für die Geltendmachung des Vorkaufsrechts des Bezirkes in Milieuschutzgebieten die Mieter*innen, den Bezirk und das Land in eine schwierige Lage bringen. Denn häufig sind die Preise so überhöht, dass eine Abwägung stattfinden muss, ob eine landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft, Genossenschaft oder Stiftung den Preis noch zahlen kann. Wenn es durch das Instrument der Enteignung eine Begrenzung auf den Verkehrswert gäbe, könnten den teilweise absurden Preisvorstellungen der Eigentümer*innen Grenzen gesetzt werden.

Nur mit Mieter*innenschutz – und wirksamen Instrumenten in der Praxis – lässt sich der spekulative Hype aus den Preisen für Wohnraum und Grundstücke herausnehmen. Natürlich wird damit ein Teilsegment des privaten Wohnungs-Marktes geschwächt oder gar zusammenbrechen. Aber das muss es vielleicht auch, bevor es das Leben vieler Mieter*innen zerstört oder die Existenz von Gewerbieter*innen vernichtet: Denn Immobilien und Wohnungen sind keine Spekulationsobjekte, sondern unser Zuhause und unsere Nachbarschaft! Eine neue Mieten- und Wohnungspolitik ist nicht nur möglich, sondern dringend notwendig.

Canan Bayram

Canan Bayram,
Direktkandidatin für den
Bundestagswahlkreis
Friedrichshain-Kreuzberg
Prenzlauer Berg-Ost

Der Wahlkreis – Ströbeles Lebenselixier

Für Christian Ströbele war es immer eine besondere Ehre, von einer Mehrheit der Bürger*innen des Wahlkreises Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost direkt in den Deutschen Bundestag gewählt worden zu sein. Es fällt ihm sicher nicht leicht, sie nicht mehr im Bundestag zu vertreten.

Christian Ströbele hat den Wahlkreis in sein Herz geschlossen. Er ist ein Fan seiner widerständigen und manchmal auch widerborstigen Einwohner*innen. Im jüngsten Bilanzbrief, in dem er - wie alle zwei Jahre - noch einmal Rechenschaft über das ihm erteilte Mandat ablegt, schreibt Christian Ströbele, der Zuspruch und das Vertrauen der Menschen im Wahlkreis sei ihm eine Art Lebenselixier gewesen. Christian neigt nicht oft zu so blumigen Gefühlsausbrüchen und es ist ihm damit absolut ernst.

Offen, ansprechbar, interessiert, informiert

Wer mit Christian im Wahlkreis unterwegs ist, der versteht, was er mit „Lebenselixier“ meint. An jeder Ecke ruft ihm jemand etwas zu, hält ihn an, fragt ihn etwas oder möchte ihm die Hand schütteln. Die Menschen wissen: Das ist „ihr“ Abgeordneter, der immer ein offenes Ohr für jedermann hat. Diejenigen, die eine kompliziertere Frage haben, lädt er zur Sprechstunde ins Wahlkreisbüro ein. Mit vielen hält er einen Plausch am Wegesrand. Deshalb ist Christian Ströbele oft zu spät. Aber deshalb weiß er auch immer ausgezeichnete darüber Bescheid, was in seinem Wahlkreis gerade passiert und was in den Kiezen Thema ist.

Christian hat einen ausgezeichneten Ruf und die Leute kommen mit einfach jeder Art von Problemen. Er hilft immer gerne mit einem Rat oder versucht eine Lösung zu finden. Im Gegenzug ist er dadurch topinformiert.



Ströbele mit den Künstlern Gerhard Seyfried und Ziska bei der Vorstellung seines Wahlplakats 2013

Foto: ck

In den monatlichen Bürgersprechstunden blüht Christian richtig auf. Die Menschen suchen ihn mit allen möglichen Anliegen auf: Ob es Ärger mit den Ämtern ist, Schrottschiffe in der Spree, Krach mit dem Café oder dem Club nebenan, die quietschende U-Bahn oder die große Sorge um Verwandte

und Bekannte, die noch in Kriegs- und Krisengebieten ausharren und auf Rettung hoffen, in Syrien oder anderswo. Es kommen Leute mit Ideen für Bücher, für Aktionen, aber auch mit Geschäftskonzepten. Und natürlich die, denen wegen einer Mieterhöhung der Verlust ihrer Wohnung oder ihres Geschäftes droht.

Gemeinsam überlegt man Strategien und Möglichkeiten, wie man helfen oder unterstützen kann. Christian empfindet das nach meiner Wahrnehmung selten als anstrengend oder Pflichtaufgabe. Im Gegenteil: Wenn etwas gelungen ist, gibt das wieder neue Energie. In der Opposition im

Bundestag, arbeitet man im Grunde meist für die Schublade. Jeder Antrag wird von der Regierungsmehrheit sowieso aus Prinzip abgelehnt. Oft werden die Vorschläge nicht einmal besprochen. Da sind gelegentliche Erfolge im Wahlkreis eine willkommene Abwechslung. Mich persönlich hat in den Jahren, in denen ich für Christian arbeiten durfte, am meisten berührt, als endlich eine neunköpfige Familie mit Kindern, Eltern und Großeltern im Wahlkreisbüro saß, um deren Einreisemöglichkeit aus einem syrischen Kriegsgebiet wir uns gemeinsam viele Monate lang intensiv bemüht hatten. Die Rettung der Bäckerei Filou war ein weiterer Fall, genauso wie andere erzielte Kompromisse mit Hauseigentümern, die rechtlich keinerlei Zugeständnisse hätten machen müssen. Aus diesen Erfolgen und dem Zuspruch in den Kiezen zieht Christian Ströbele einen großen Teil seiner - auch für sehr viel jüngere Menschen - erstaunlichen Arbeitskraft.

Er wird sich weiter einmischen

Die „Mühle“ im Bundestag (nicht im Wahlkreis!) ist ihm nun zu viel, wie er sagt. Deshalb tritt er nicht noch einmal an und wünscht sich, dass Canan die Chance bekommt, diesen ganz besonderen Wahlkreis im Bundestag zu repräsentieren. Aber man kann sicher sein, dass er weiter umtriebig sein wird. Denn Christian Ströbele liebt es, sich einzumischen und zu helfen, wenn das irgendwie möglich ist.

■ Andreas Weeger

Hans-Christian Ströbele, MdB

Eine Liebeserklärung

Wenn ich an Hans-Christian denke, dann zaubert sich automatisch ein Schmunzeln auf mein Gesicht. Klar, dieser Mann hat deutsche Geschichte geschrieben wie kein anderer Grüner. Hat Edward Snowden besucht und Skandale meterweise aufgedeckt. Schäuble mit der Kofferfrage als Kohlthronfolger gestürzt, Fischer gequält, mit seinem NEIN zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan beinahe die rot-grüne Bundesregierung gestürzt. Und er hat als erster und bisher einziger Grüner ein Bundestagsmandat direkt erlangt, und damit den Grünen gezeigt, dass und wie es geht, mehr als eine 8 Prozent Partei zu sein.

Aber dieser Mann kann sich genauso engagiert, mit Akribie, Genauigkeit und Ehrgeiz in einen Back-Wettbewerb um den besten Christstollen begeben. Sich, ganz Nachkriegsgeneration und zugleich wunderbar modern grün, darüber aufregen, wenn Dinge nicht repariert werden können.

Hans-Christian ist keiner von den Politikern, die Menschen um sich scharen - die Menschen scharen sich um ihn. Er ist kein Machtpolitiker, aber er übt Macht aus. Wenn er wie ein Seismograph untrüglich (Miß)Stimmungen auf den Punkt bringt und damit vielen eine Stimme gibt, weil er ihnen aus dem Herzen spricht. Wenn er Akten frisst wie kein zweiter und so bestens vorbereitet mächtige Menschen zu Fall bringt. Unermüdlicher Anwalt für Recht, Frieden und Gerechtigkeit.

Das einzige „Problem“, daß ich mit ihm habe: Ströbele hat für einen Altlinken erstaunlich wenig Ahnung vom Marxschen Kapital. Zum Glück für uns beide füllte Dietmar Lingemann, mein Lebensgefährte und sein Büroleiter (nicht nur) diese „Lücke“ lange Jahre wunderbar.

Es bleibt das Schmunzeln. Denn es ist eigentlich das von Hans-Christian. Vielleicht das eigentliche Geheimnis seines



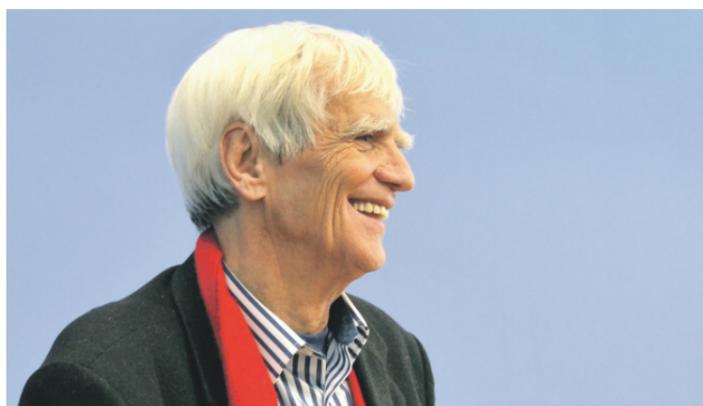
Ströbele mit seinem langjährigen Mitarbeiter Dietmar Lingemann

Foto: privat

Lebens. Daß das Schmunzeln nach jeder Niederlage, nach jeder Schmähung und jeder Kränkung, gerade auch durch die liebe Partei immer wieder aufblitzt. Und das dafür sorgt, dass Du auch weiterhin auf die Frage: „Mensch, Christian, warum bist Du eigentlich noch bei den

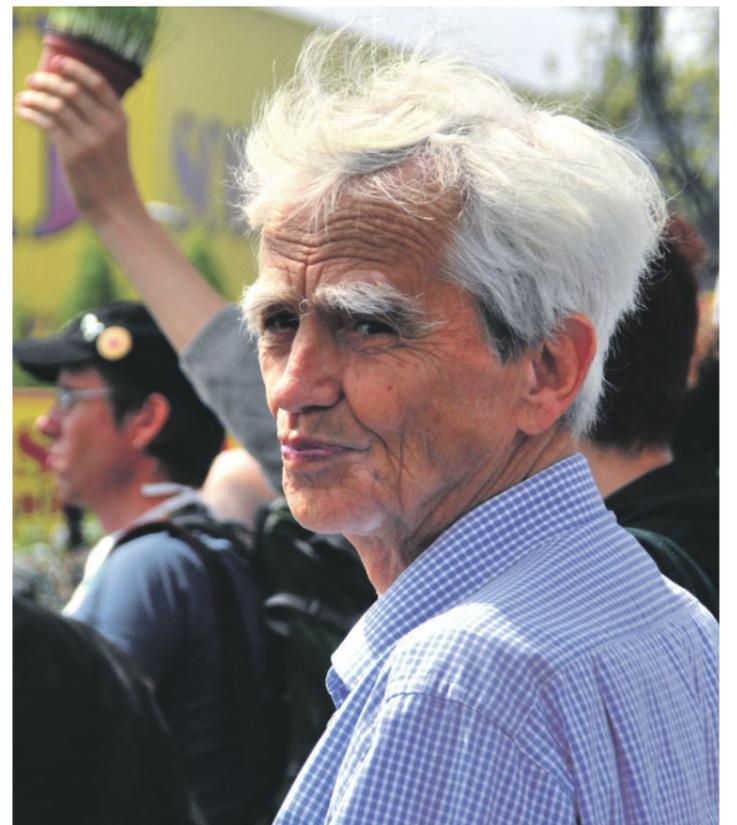
Grünen?“ antworten wirst: „weil ich ein Grüner bin. Das ist meine Partei, ich habe sie mit gegründet!“

■ Lisa Paus, Mitglied des Bundestags und auf Platz 1 der Berliner Bundestagsliste



Ströbele vor der Bundespressekonferenz 2013

Foto: ck



Ströbele auf A100-Demo 2013

Foto: ck

„Wenn auf Eines in den letzten Jahrzehnten in Kreuzberg Verlass war, so war es, dass Christian Ströbele angeradelt kommt, sobald sich sozialer Protest in den Kiezen regt. So war Christian auch auf vielen unserer Lärmdemos - und auch schon auf dem Straßenfest im Mai 2012, das später in die Kotti-Besetzung mündete. Christian hat eine besondere Art, sich ins Verhältnis zu setzen: eine Mischung aus sozialer Zugenwandtheit, inhaltlicher Ernsthaftigkeit und politischer Empörungsfähigkeit. Er hat dabei vielen am Kotti das Gefühl vermittelt, dass es auch Politiker gibt, die die Sorgen der Kreuzberger*innen mit Migrationsgeschichte ernst nehmen. Christian ist in diesem Sinne noch ein Ausnahmepolitiker.“

Ulrike Hamann, Kotti & Co

Mit Canan unterwegs

Am 24. September wird gewählt. Canan Bayram kämpft um das Direktmandat in Friedrichshain - Kreuzberg. Das bedeutet Wahlkampf fast rund um die Uhr. Ein Tag im August.

Heute stehen fünf Termine an. Wir treffen uns um 10 Uhr in der Hasenheide. Ausgeruht und voller Energie kommt Canan an, ein paar Tage Auszeit liegen gerade hinter hier. Auf dem Land nahe Berlin, zum Auftanken und Abschalten. Das kennt sie aus ihrer Jugend, sagt sie, damals war das am Niederrhein, und das klappt immer.

Teil ihres Programms ist es, die vielen Initiativen und NGOs hier im Bezirk zu besuchen, ihre Arbeit kennen zu lernen und zu begleiten und möglichst dort zu helfen, wo die größten Probleme liegen. Denn die bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft, sagt sie, ohne die würde vieles nicht funktionieren, was die öffentliche Verwaltung alleine gar nicht leisten kann. Und sie schaffen das Klima unserer Gesellschaft, sie sorgen für neue Ideen und dafür, dass nicht jeder gegen jeden nur für sich alleine kämpft.

Wir sind beim „Arbeitskreis neue Erziehung e. V.“, kurz ANE, einem gemeinnützigen Verein, der sich für die Interessen und Rechte der Eltern und Kinder einsetzt und bereits kurz nach dem zweiten Weltkrieg 1946 in Berlin gegründet wurde. Aus einer pazifistischen Grundüberzeugung heraus („Nie wieder Krieg!“) und dem Gleichheitsgrundsatz: Alle Eltern sind gleich, unabhängig von Herkunft, Religion oder sonstiger Orientierung. Es geht vor allem darum, in praktischen Fragen zu unterstützen und Hürden abzubauen. Insbesondere für alle, die neu nach Deutschland kommen. Canan erklärt, dass sie keine ausgewiesene Bildungspolitikerin ist, aber als Mutter einer mittlerweile 12-jährigen Tochter und Elternvertreterin vielfältige Erfahrungen gesammelt und andere Eltern beraten hat. Denn hier bei uns ist die Mitwirkung der Eltern gefragt. In anderen Ländern ist das Verständnis verbreitet, für die Erziehung sei die Schule verantwortlich



Wirklichkeit. So sehr viel ist heute noch nicht los, aber es kommen einige vorbei, die Canan über ein „Merhaba“ in ein Gespräch in ihrer Landessprache verwickelt. Der Kontakt und die Gespräche am Stand machen ihr

allein ist da nicht der richtige Weg, es gibt eine Verantwortung für den öffentlichen Raum. Da müssen die Beteiligten an gemeinsamen Regeln arbeiten - so, wie es Kotti & Co. oder das NKZ bereits tun. Daraus kann ein Modellprojekt werden, daran will sie arbeiten. „Aber das gelingt nur, wenn wir reelle Aufenthaltsperspektiven schaffen für alle, die hier leben.“

KuB Oranienstraße

Nach einer kurzen Mittagspause geht es weiter zur Kontakt- und Beratungsstelle (KuB) in der Oranienstraße. Die sind gerade hierher umgezogen, daher klappt das noch nicht mit einem Kaffee.

Die KuB bietet offene Beratung, für Asylbewerber und Drittstaatler, dazu gehört auch rechtliche Beratung. Es gibt eine Sprachmittlerin für arabisch, sie ist auch als Jobcoach für arabische, vornehmlich syrische, Frauen unterwegs. Eine weitere Mitarbeiterin kümmert sich um das immense kreative und künstlerische Potential der neu zu uns Gekommenen.

Canan sagt, sie will von Xhain aus die Welt verändern - oder zumindest erst einmal Deutschland. Sie will erfahren, was gut läuft, und wie die Forderungen an sie als Abgeordnete aussehen könnten. Ihr Ziel ist ein modernes Einwanderungsgesetz auf Bundesebene. Dabei will sie die Kraft aus den Initiativen gerade bei uns hier in Xhain auch bundesweit in Bewusstsein bringen.

Alle aus der KuB sind sich sofort einig: Es gibt ein zentrales Problem, ohne dessen Lösung Integration niemals gelingen kann. Und das ist die Wohnsituation. So wie die Geflüchteten hier leben müssen, zu acht in einem Zimmer, traumatisiert durch Kriegs- und Fluchterfahrungen, ohne Chance auf Privatsphäre. Täglich sind sie in der KuB mit Verzweiflung konfrontiert, weinende Frauen, die zusammenbrechen. Und sie arbeiten selbst bis an den Rand der Erschöp-

fung. Mehr bezahltes Personal ist dringend notwendig.

Canan kennt die Probleme seit langem, und weiß, dass die Situation aus Opfern Täter macht. Da entstehen Aggression und Gewalt. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum ist jetzt schon erheblich und wird in den nächsten Jahren weiter steigen, wenn nichts passiert. Dass die Verwaltung hier hoffnungslos überfordert ist - früher LaGeSo, jetzt LAF - weiß jeder hier im Raum. „Man kommt überhaupt nicht durch, es gibt keine Ansprechpartner*in“, sagt eine der Mitarbeiterinnen der KuB.

Das Aufenthaltsgesetz selbst tut sein Übriges, ergänzt Canan. „Es ist rassistisch. Es dient - so steht es da wörtlich - der Begrenzung des Zuzugs.“ Was wir brauchen, ist eine vollkommene Neubewertung und Sicht auf Migration: „Migration ist eine natürliche Bewegung des Menschen. War es immer schon. Kommen und Gehen. Das muss anerkannt werden.“ Canan gerät immer mehr in Fahrt. „Ich bin Anwältin, und betreue auch weiterhin Fälle.“ Ein Mandant war im Ankunftszentrum Tempelhof gelandet. „Dort gibt es offensichtlich Überkapazitäten an Personal. Die Überprüfung war mehr als gründlich. Da herrscht zu viel Kontrolle.“

Alle vom KuB stimmen zu, die Verwaltungsabläufe müssen vereinfacht werden. Mehr Personal ja, aber nicht mehr Verwaltung! „Wir brauchen eine klare Entbürokratisierung!“ Canan wird immer leidenschaftlicher. „Und wir brauchen ein Bleiberecht, nach viel kürzerer Zeit. Gerade jetzt müssen wir das fordern, entgegen der derzeitigen Entwicklung.“ Zwei Stunden sind um, Canan sichert der KuB ihre volle Unterstützung zu. Weiter geht es zum Späti schräg gegenüber.

Beim Späti

Seit vielen Jahren betreibt Familie Tunc den Späti in der Oranienstraße 35. Jetzt ist er von Zwangsäumung bedroht. Das Haus ist verkauft worden, der neue Besitzer will mehr Geld aus der Gewerbeinheit heraus schlagen und teurer vermieten. Aber die Solidarität in der Nachbarschaft

Während wir auf Frau Tunc warten, checkt Canan ihre Nachrichten. Am heutigen Tag veröffentlicht Boris Palmer, der grüne Tübinger OB, sein Buch zur Flüchtlingskrise („Wir können nicht allen helfen“), und Canan hat ihn schon mehrfach zum Schweigen aufgefordert. „Er hat sich nie an der innerparteilichen Diskussion beteiligt, er hat keine Ahnung, er argumentiert mit populistischen Halbwahrheiten und verdrehten Fakten. Er hat keine Ahnung.“ Sie erhält viel Zuspruch in den sozialen Medien. „In den nächsten Tagen werde ich sein Buch Kapitel für Kapitel zerpfücken“, sagt sie und kann nicht verbergen, dass ihr das Spaß machen wird.

Abends beim RAV

Mittlerweile ist es fast Abend, und wir müssen zum letzten Termin dieses Tages. Zur Auswertung des G 20 Gipfels haben Hans-Christian Ströbele, die Humanistischen Union und der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) zur Diskussion eingeladen. Bereits seit 1979 setzt sich der RAV nach eigener Darstellung dafür ein, „Bürger- und Menschenrechte gegenüber staatlichen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Machtansprüchen zu verteidigen und auf eine fortschrittliche Entwicklung des Rechts hinzuwirken.“ Dort angekommen entwickelt sich rasch eine intensive Auseinandersetzung über die Ereignisse in Hamburg und die aktuelle Entwicklung der Einschränkung von Bürgerrechten. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, welche Reaktionen hier richtig, notwendig und erforderlich sind. Schon im Vorfeld war Canan entschlossen, dem Verein beizutreten. In Hamburg hat die Polizei Menschen allein deshalb als gefährlich eingestuft, weil sie von RAV-Anwält*innen vertreten wurden. „Gerade in Zeiten von Diskreditierung von Anwält*innen bzw. ihren Mandant*innen durch die Hamburger Polizei, Staatstrojanern, unbegrenzter Haft für Gefährder und dem harten Vorgehen der Polizei bei Demonstrationen ist es wichtig solidarisch zu sein“, sagt sie. Und so bringt sie noch an diesem Abend ihren Mitgliedsantrag für die Aufnahme im



Canan mit Mitarbeiterinnen der KuB in der Oranienstraße

Foto: ha

- oder der Staat - und ich bin raus aus der Verantwortung. Die Vorsitzende des Vereins, Frau Dr. Arnhold, führt aus, dass es ihnen nicht um einen moralischen Appell ginge, nicht darum, grundsätzliche Einstellungen zu ändern, sondern darum, die Menschen mit ihren hier geltenden Rechten und Pflichten vertraut zu machen. Dazu gehört auch, dass Gewalt und Schläge in der Erziehung nichts zu suchen haben.

Wir werden durch die großzügigen Räume geführt, in denen über 10 Mitarbeiter arbeiten, Canan sichert ihre Unterstützung zu - und schon geht es weiter. Zum Stand am Kotti.

Am Kotti

Gemeinsam bauen wir Tisch und Schirm auf. Von der Theorie in die

Spaß, sie macht das rund ums Jahr, auch außerhalb von Wahlkampfzeiten. Und sie sagt, die Stimmung ist gut. „Gestern hat einer zu mir gesagt, er freut sich, auch mal jemanden unterstützen zu können, die noch nicht so bekannt ist,“ fügt sie hinzu und grinst.

Das Interesse an Canan ist groß in diesen Tagen. Eine weitere Journalistin ist vor Ort, sie kommt von der taz und macht eine Reportage über alle Kandidat*innen, die sich in Xhain um das Direktmandat bewerben.

Plötzlich werden wir Zeuge einer Rangelei am Kotti. Zwei Gruppen sind irgendwie aneinander geraten, worum es geht, wird nicht erkennbar. Canan tritt näher, aber wirklich bedrohlich sieht das alles nicht aus. Dann Martinshörner, ganz schnell sind fünf Polizeiwagen und ein Wanne da. Canan sagt, die Polizei



Canan im Gespräch mit Frau Tunc vorm Späti

Foto: ha

ist groß. Da eine Weile Stillstand herrschte, hat Canan für die Familie Tunc die Initiative ergriffen und einen Mietvertrag als Angebot an den Vermieter entworfen. Noch gibt es keine Reaktion - aber es gibt Hoffnung. Bei der Nachbarin, die eine Änderungsschneiderei betreibt, hat es schon geklappt, der neue Mietvertrag ist unter Dach und Fach.

Republikanischen Anwaltsverein auf den Weg.

Ein intensiver und spannender Tag geht zu Ende. Noch viele werden folgen. Am 24. September wird sich entscheiden, ob Canan ihr Ziele für Xhain und alle Menschen, die in diesem Land leben, umsetzen kann. Eines ist jetzt schon klar: Jede Stimme zählt!

Henry Arnold

Bitte sterben Sie nicht vor unserer Haustür

Es braucht nur zwei Sätze, um die europäische Asylpolitik zu erklären: „Bitte sterben Sie nicht vor unserer Haustür. Bitte kommen Sie nicht her.“ So lautet – sinnig – das asylpolitische Mantra der europäischen Regierungen zur Asylpolitik.

Seit Wochen wird - mal wieder - darüber geredet, dass man alles dafür tun müsse, dass „die schreckliche Tragödie“ auf dem Mittelmeer ein Ende findet. Komisch, dass die „Tragödie“ immer in den Fokus tritt, wenn irgendwo zu viele Geflüchtete ankommen - nicht wenn zu viele sterben.

Man fragt sich: Ist es denn schlimmer für die europäischen Regierungen, wenn die Menschen ankommen, oder wenn sie sterben? Man gewinnt den Eindruck, die Staaten fänden es besser, wenn die Menschen sterben. Nur, bitteschön, nicht vor der europäischen Haustür. Das ist die Asylpolitik des Friedensnobelpreisträgers Europäische Union.

Harte Bestrafung für NGOs gefordert

Natürlich ist das ein harter Vorwurf. Aber er ist berechtigt, so lange es keine sicheren und legalen Fluchtwege gibt, und das Rezept für die Lösung der großen Migrationsfrage immer gleich aussieht: Da baut man Zäune, finanziert eine selbsternannte Küstenwache in Libyen und kriminalisiert alles, was der Politik des Sterbenlassens einen Strich durch die Rechnung macht. Dazu kommt ein bisschen Populismus in der Öffentlichkeit, indem beispielsweise der italienische Ministerpräsident Renzi eine „harte Bestrafung“ der NGOs fordert. Warum man bei Erdogan solche Einmischung in Strafverfahren kritisiert und sie bei Renzi



Seenotrettung im Mittelmeer

Foto: Erik Marquardt

keinerlei Kritik hervorrufen? Weil Renzi der Gute ist, das weiß man ja.

Der bayerische CSU-Spitzenkandidat Joachim Herrmann sagte kürzlich: „Wir müssen alles dafür tun, dass niemand im Mittelmeer ertrinkt.“ Was nach einer Positionierung für sichere Fluchtwege klingt, ist das Gegenteil. Es plädiert für eine schnelle Rückführung der Menschen nach

Afrika, mit der möglichen Folge, dass die Menschen in Libyen gefoltert und umgebracht werden, und nicht vor unserer Haustür ertrinken.

Die Publizistin Carolin Emcke schrieb kürzlich in einem klugen und ausgewogenen Text zur Asylpolitik einen Satz, über den man stolpern musste. Sie schrieb, dass seit der Schließung der Balkanroute „deutlich weniger Menschen in der Ägäis ertrunken“ seien und das sei ein Erfolg, den man nicht gering schätzen dürfe.

Doch kurz nach der Schließung der Balkanroute wurde der Übergang von Syrien in die Türkei deutlich schwieriger. Die Türkei - die nun Sackgasse statt Transitland ist - hatte kein Interesse, dass weitere syrische Geflüchtete sich in der Türkei sammeln. Deswegen baute sie Selbstschussanlagen an der syrisch-türkischen Grenze. Selbstschussanlagen? Ja, Selbstschussanlagen gegen Flüchtlinge aus Syrien. Die Menschen sterben nun zum Glück nicht mehr vor unserer Haustür, denn

das würde die Verantwortlichen wieder in das innenpolitische Dilemma bringen: Mehr Flüchtlinge bringen bei Wahlen nicht mehr Stimmen. Und weniger Flüchtlinge gibt es nur, wenn man Fluchtursachen weltweit langfristig mit zusätzlichen hunderten Milliarden von Euro ernsthaft angeht.

Ehrlichkeit fehlt

Der günstige Weg: Man lässt sie sterben. Möglichst weit weg. Je tödlicher der Weg, desto mehr werden abgeschreckt. Das ist zwar eine Kapitulation in der riesigen Migrationsaufgabe, aber bis zur nächsten Wahl reicht es bestimmt.

Man sollte Hinweisschilder an den libyschen Küsten anbringen auf denen steht: „Bitte sterben Sie auf dem Festland, Bilder von Toten im Mittelmeer können wir nicht gebrauchen. Es gibt viele Möglichkeiten in Libyen zu sterben: Nutzen sie eine.“ Das wäre wenigstens ehrlich und Ehrlichkeit ist etwas, das in dieser Debatte fehlt.

Es bräuchte nun Menschen, die sagen: Ihr könnt die Leute doch nicht sterben lassen. Da muss doch etwas passieren. Aber diese Leute sind nicht in Sicht, oder sie sind schon engagiert - bei einer der Rettungsorganisationen, die im Mittelmeer Menschenleben retten, statt sie aus Wahlkampfaktik sterben zu lassen.

Erik Marquardt,
Fotoreporter und Direktkandidat
für den Bezirk Treptow-Köpenick

Dieselgate erreicht A100

Der BUND hat den Senat aufgefordert, den Planfeststellungsbeschluss für den 16. Bauabschnitt der A100 aufzuheben oder aber so zu ändern, dass trotz der durch die Autobahnverlängerung vermehrt auftretenden Stickoxide die Grenzwerte in der Eisenstraße eingehalten werden.

Zur Erinnerung: Der Planfeststellungsbeschluss zum 16. Bauabschnitt der A100 wurde von einer Klagegemeinschaft aus Eigentümer*innen, dem BUND und dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg beklagt. Dabei hat der BUND auch im Namen von Anwohner*innen aus der Eisenstraße wegen der Überschreitung von Stickoxid-Grenzwerten vor ihren Wohnungen geklagt. Im Erörterungsverfahren vertrat die Autobahnverwaltung die Ansicht, die Überschreitungen wären nur gering und die Immissionschutzbehörde könne für die Einhaltung der Grenzwerte sorgen. Die Immissionschutzbehörde widersprach dem, konnte sich aber letztlich vor dem Bundesverwaltungsgericht nicht durchsetzen. So wurden die „geringen“ Grenzwertüberschreitungen im Planfeststellungsbeschluss akzeptiert.

Jetzt kommt das Dieselgate ins Spiel, das Bekanntwerden der Abgasmanipulationen von VW und Co. führten dazu, dass die Berechnungsgrundlage für Luftschadstoffgutachten nicht mehr zutreffen, weil die tatsächlichen Emissionen ja viel höher liegen als vorher angenommen. Damit ist auch das Luftschadstoffgutachten zur A100 Verlängerung nach Treptow nicht mehr haltbar.

Berechnungsgrundlage für Luftschadstoffgutachten ist das „Handbuch für Emissionsfaktoren für Straßenverkehr“ (HBEFA) des Umweltbundesamtes. Im neuen Handbuch vom April 2017 sind nun auch die durch die Abgasmanipulationen tatsächlich auftretenden viel höheren Stickstoffdioxidemissionen berücksichtigt worden. Für Diesel-PKW mit Euro 5 ist gegenüber der letzten Fassung des Handbuchs eine Steigerung der Stickoxidemission um 33% und bei den Euro 6 Diesel-PKW sogar eine Steigerung von über 90% zu Grunde gelegt worden.

Mit Wissen über die viel höheren Stickoxidemissionen und der neuen Berechnungsgrundlage des Umweltbundesamtes sind mit großer Sicherheit die künftigen Grenzwertüberschreitungen in der Eisenstraße deutlich gestiegen. Rechtlich gibt es die Möglichkeit, dass Betroffene nachträgliche Schutzvorkehrungen verlangen können, wenn nicht vorhersehbare Wirkungen der planfestgestellten Autobahn erst nach Unanfechtbarkeit des Plans auftreten. Deshalb hat der BUND nun den Senat aufgefordert den Planfeststellungsbeschluss aufzuheben oder aber so zu ändern, dass die Grenzwerte eingehalten werden.

Das dürfte eine spannende Aufgabe werden. Das durchgreifendste Mittel wäre die Planfeststellung des 16. BA der A100 aufzuheben und alles zurückzubauen. Ansonsten bleiben noch die Zufahrt zur oder von der Autobahn zu reglementieren, den Verkehr umzuleiten, die Geschwindigkeiten zu reduzieren oder bestimmte Fahrverbote aussprechen.

Was ganz sicher nicht hilft, ist „schnell weiter zu bauen“, spricht den 17. Bauabschnitt der A100 bis zur Storkower Straße zu bauen. Nicht nur, dass damit die Probleme nach Fertigstellung des 16. Bauabschnitt nicht vom Tisch sind, sondern dass die gleichen oder noch größere Probleme dann an der Frankfurter Allee entstehen.

Es bleibt dabei, die Verlängerung der Stadtautobahn löst keine Probleme, weder verkehrliche noch umwelt-, gesundheits- oder stadtentwicklungspolitische Probleme, die Verlängerung der Stadtautobahn schafft nur neue Probleme, deshalb ist und bleibt der Weiterbau falsch!

Harald Moritz,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Mehr Xhain für alle

Mitte Juni fand in unserem Wahlkreis zur Bundestagswahl der Programmarteitag der Grünen statt. Unser Anspruch war, dort nicht nur schöne Bilder für die Medien zu liefern, sondern mit progressiven und urgrünen Positionen einen klaren Kurs für die Bundestagswahl einzuschlagen. Eine Bilanz.

„Die Grünen haben an diesem Wochenende gezeigt, dass es sich lohnt, für klare Inhalte zu kämpfen“, kommentierte Canan Bayram, unsere Direktkandidatin, das Ergebnis des Parteitags. Klar war im Vorfeld, dass der Kampf um eindeutige Positionen an vielen Stellen nicht einfach werden würde. Als Inhaltspartei soll das Programm ja schließlich nicht nur zu den Spitzenkandidat*innen passen, sondern eine Vision aufzeigen, wofür wir Grünen gerade in diesen turbulenten Zeiten stehen und was wir verändern wollen.

Sozial, gerecht und ökologisch

„Zukunft wird aus Mut gemacht“ lautet die Überschrift des Wahlprogramms. Dem Entwurf des Bundesvorstandes fehlte jedoch vor allem eines: Mut. An vielen Stellen blieb der Entwurf unkonkret, schwammig formuliert und teils auch hinter der eigenen Beschlusslage aus vorhergehenden Parteitag zurück. Auch wenn ein Parteiprogramm sowohl in Baden-Württemberg als auch in Berlin wirken muss, und die Menschen hier und dort anders ticken: Das war uns zu wenig - und vielen anderen Grünen auch! Fast 2.200 Änderungsanträge stellte die Basis. Über den Kreisverband und seine Mitglieder wurden 83 eigene und viele weitere gemeinsame Anträge mit Mitstreiter*innen aus anderen Kreis- und Landesverbänden gestellt und unterstützt. Auch zum 10-Punkte-Plan, der den Rahmen für mögliche Koalitionsverhandlungen darstellen soll, gab es fünf kritische Anträge aus unserem Kreisverband.

Bereits in den zwei Wochen vor dem Parteitag bis hin zu den Abstimmungen am Samstag verhandelten

unsere Antragssteller*innen, um dem Programm eine klare grün-linke Ausrichtung zu geben. Nach vielen Mails, Telefonaten, Gesprächen vor Ort und wenig Schlaf konnten wir am Sonntag eine positive Bilanz ziehen: Die Grünen gehen mit einem klaren Kurs in die Bundestagswahl.

Ein im Entwurf völlig unterrepräsentiertes Thema war die Mieten- und Wohnungspolitik. Wir haben es geschafft, notwendige Maßnahmen zu einer Reform der Wohnungs- und Mietenpolitik auf Bundesebene konkret in das Wahlprogramm einzubringen. Von der Stärkung des Mieterschutzes, einem sozialen Gewerbetrecht, der Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit - wir haben aus Xhain heraus wichtige Schritte zum Schutz von Mieter*innen unternommen, den wir auf Bundesebene dringend vorantreiben müssen.

Mieten- und Wohnungspolitik

Unsere wohnungspolitische Sprecherin im Abgeordnetenhaus, Katrin Schmidberger, forderte, statt Wohneigentum preiswerte Mietwohnungen zu fördern. In einer Kampfabstimmung konnte sie sich mit ihrem Antrag klar durchsetzen. Unsere Direktkandidatin Canan Bayram will die durch das Grundgesetz gegebene Möglichkeit von Enteignungen einsetzbar zu machen, um Mieter*innen vor Grundstücks- und Immobilienspekulationen zu schützen und sorgte damit für eine aufgeheizte Debatte. Auch wenn sich ihr Antrag nicht durchsetzen konnte, wurde damit ein wegweisender Schritt hin zu einer neuen Mieten- und Wohnungspolitik im Bund getan.

Wir Grüne sind die Europapartei, und stehen für eine demokratischere und sozialere EU. Wir lehnen die Ausweitung von sicheren Herkunftsländern ab, genauso wie Abschiebungen nach Afghanistan. Wir konnten uns durchsetzen mit der Forderung nach einer konsequenten Friedenspolitik, gegen die Stärkung eines zentralen Geheimdienstes, sowie bei unseren Forderungen nach fairer und gerechter Bezahlung in der Ausbildung oder der Ablehnung von Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA. Neben der klaren Positionierung als die Umweltpartei, für erneuerbare Energien, den Kohleausstieg 2030 und eine Wende in der Verkehrspolitik werden wir für dieses grüne Profil und diese Inhalte im Bundestagswahlkampf werben.

Im 10-Punkte-Plan wurden auch durch unsere Anträge klare rote Linien gesetzt. Wir haben den Duktus in der Innen- und Sicherheitspolitik verändert und uns damit als freiheitliche Partei positioniert. Wir haben die Themen Gleichberechtigung und Feminismus als Prioritäten mit aufgenommen. Wir haben uns klar zum Menschenrecht auf Flucht bekannt. Und wir haben nochmals schwarz auf weiß verdeutlicht, dass Regieren für Grüne kein Selbstzweck sein kann. Ob in der Regierung oder Opposition: Wir kämpfen für einen echten Politikwechsel.

Unser Fazit: Durch den Parteitag hat das grüne Profil an Schärfe gewonnen und die Grünen setzen rote Linien für einen Politikwechsel. Als Kreisverband haben wir mit progressiven Anträgen viel zu diesem klaren Profil beigetragen.

Vassili Franco,
Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses

Xhain r2g

r2g regiert und es geht vielen in dieser Stadt nicht schnell genug, dass es besser wird. Das ist nach 15 Jahren Stillstand verständlich, aber die Koalition muss sich nicht verstecken, es ist bereits einiges auf den Weg gebracht worden, was sich auch auf unseren Bezirk auswirkt.

An erster Stelle steht, dass wir als Bezirk nun gemeinsam mit dem Finanzsenator einige Wohnhäuser vor dem Privat-Verkauf retten konnten. Das berühmte Vorkaufsrecht wird von unserem Baustadtrat Florian Schmidt genutzt, um Mietwohnungen jenen zu erhalten, die darin wohnen. Das NKZ ist sicherlich ein Höhepunkt. Und ist auch dem unermüdeten Kampf von Kotti&Co zu verdanken. Auch der grüne Baustadtrat in Neukölln wendet das Prinzip inzwischen erfolgreich an. Gerne würden wir viel mehr Häuser so sichern aber leider geht es nicht immer.

Görl, Kotti, Tourismus und Poizeistategien

Ein Dauerstreitpunkt zwischen dem CDU-Innensenator und mir war u.a. die Polizeistategie am Kotti und im Görl. Auch an dieser Stelle wird nun endlich auf unsere Vorschläge eingegangen. Die Polizei ist wesentlich präsenter durch Streifengänge bzw. Sondereinsatzteams und verzichtet auf die sinnlosen Razzien. Im Görl greift langsam das anwohnergetragene Parkkonzept. Der Parkmanager und die Parkläufer*innen sind im Park präsent. Und auch der Einsatz der BSR ist sichtbar. Dealer verkaufen zwar immer noch, allerdings weniger aggressiv. Die Polizei wird zukünftig den Park stärker bestreifen. Eine Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen ist weiterhin geplant.

Tourismus stärkt die Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze. Einerseits. Andererseits sind Kieze im Bezirk inzwischen so stark frequentiert, dass die Lebensqualität der Anwohner*innen extrem gesunken ist. Rollkoffer-Gate und Wirtschaftsfreundlichkeit waren nur einige Stichworte der Häme. Mit unserer neuen Wirtschaftsministerin Ramona Pop können wir nun endlich meine Forderung nach einem Konzept für stadtvträglichen Tourismus gemeinsam umsetzen. Ob wir in unserem Bezirk allerdings



Umstrittene Straßensperrung in der Rigaer Straße

Foto: ck

Sperrstunden ab 22:00 Uhr einführen werden oder nicht, wie jüngst in der BVV diskutiert, ist noch nicht zu Ende gedacht. Sicherlich kann punktuell eine Allgemeinverfügung den Außenschank einschränken, allerdings muss diesem Instrument ein Aushandlungs- und Entscheidungsprozess zwischen Anwohner*innen und Gastronom*innen vorausgehen. Die ersten Gespräche wurden von unserer Umweltstadträtin Clara Herrmann gemeinsam mit dem Ordnungsamtstadtrat Andy Hehmke bereits geführt.

GHS und Rigaer Straße

Die Gerhard-Hauptmann-Schule ist zwar weiterhin besetzt, allerdings hat das Gericht endlich entschieden, dass die Besetzung nicht rechtens ist und wir das Recht haben, unser Gebäude zurückzubekommen. Dies werden wir auch tun. Nach 3 langen Jahren der Verhandlungen, ist nunmehr der Zeitpunkt gekommen, die Besetzung zu beenden. Gemeinsam mit dem LAF haben wir ein letztes Angebot für Alternativunterkünfte und Hilfe beim Asylverfahren machen können. Wenn

auch dies wieder abgelehnt wird, werden wir den Gerichtsvollzieher beauftragen, das Urteil umzusetzen.

Die Rigaer Straße kommt aus unterschiedlichen Gründen nicht aus den Schlagzeilen. Besonders stark betroffen von Gentrifizierung, ist hier der Widerstand besonders heftig. Stahlgeschosse in Fensterscheiben von Kinderzimmern und angezündete Kleinwagen sind allerdings nicht akzeptabel. Nochmals Unmut hat die jüngste Entwicklung entfacht, dass für 2 Baustellen ein ganzer Straßenabschnitt komplett gesperrt wurde. Ich teile diesen Unmut und habe den zuständigen Stadtrat um Prüfung der Notwendigkeit gebeten, da ich der Meinung bin, dass Fußgänger*innen, Kinderwagen und Radfahrer*innen auf jeden Fall durchkommen sollten. Er hat die Entscheidung des Ordnungsamtes nach Prüfung nochmals bestätigt. Wir werden uns im Bezirksamt nach der Sommerpause darüber also noch weiter auseinandersetzen müssen. Die angekündigten Dialoge Samariter-Kiez sind in Vorbereitung und werden im September beginnen.

■ **Monika Herrmann,**
Bezirksbürgermeisterin

Fragen an den Investor*innenschreck

Noch nicht mal ein Jahr im Amt, hat er sich den Ruf eines Investor*innenschrecks erworben, da er den Milieuschutz ernst nimmt und versucht, der Verdrängung mit bezirklichen Mitteln etwas entgegen zu setzen: Baustadtrat Florian Schmidt.

Stachel: Du bist noch nicht einmal 1 Jahr im Amt und hast schon bundesweit als „Investor*innenschreck“ für Aufsehen gesorgt. Insbesondere verwendest du das Vorkaufsrecht des Bezirks um spekulative Verkäufe von Mietshäusern zu verhindern. Welche Erfahrungen hast du mit dem Instrument bislang gemacht und wie kann der Bezirk sonst eingreifen, um Verdrängung zu verhindern?

Florian Schmidt: Das Instrument wird von der Verwaltung mit hoher Effizienz in einem sehr sportlichem zweimonatigen Prüfverfahren umgesetzt. Unklar war bis vor kurzem, ob es eine klare Unterstützung seitens des Senats gibt. Diese zeichnet sich nun ab, auch wenn wir erst mit der Zeit sehen werden, wie ernst es dem Senat wirklich ist. Allerdings wollen wir auch mit Genossenschaften, Stiftungen und gemeinwohlorientierten Banken kooperieren, um eine senatsunabhängige revolvierende Finanzierungsstruktur zu schaffen. Neben Milieuschutz und Vorkauf sehe ich in dem Neubau von bezahlbaren Wohn- und Arbeitsräumen einen wichtigen Beitrag um auf Bezirksebene der Verdrängung entgegen zu wirken.

Welche landes- oder bundesrechtliche (Neu-)Regelungen wünschst du dir, um den rasanten Mietanstieg und die damit verbundene Verdrängung zu begrenzen?

Ob Ankauf, Vorkauf oder Neubau: die Landesebene muss ausreichend Ressourcen bereit stellen um bezahl-

bare Räume zu sichern. Wichtig auf Bundesebene wäre, es den Milieuschutz zu stärken. Das Vorkaufsrecht weist zwei gravierende Mängel auf, die direkt auf das Baugesetzbuch zurück gehen. Zum einen darf, wenn Häuser bereits in Wohneigentum aufgeteilt sind, das Vorkaufsrecht nicht angewandt werden, selbst wenn ein*e Eigentümer*in ein ganzes Haus als Paket von vermieteten Eigentumswohnungen an eine*n Entwickler*in verkauft. Das führt dazu, dass vermehrt auf Vorrat aufgeteilt wird. Zum anderen gibt es eine Regelung, die es ermöglicht, auch in Milieuschutzgebieten Mietshäuser in Eigentumswohnungen aufzuteilen. Beide Punkte bedürfen einer dringenden Gesetzesänderung auf Bundesebene.

Was würdest du einem Bundestagsmitglied aus unserem Bezirk als Hausaufgaben in Sachen Mietbegrenzung/Gentrifizierung mit auf den Weg geben, bzw. welche mietrechtlichen Initiativen auf Bundesebene wünschst du dir?

Es muss versucht werden, die Großstädte besser zu vernetzen, damit die Probleme rund um Mietenwahnsinn, Wohnungsnot und Verdrängung mehr Gehör finden. Damit meine ich aber auch die Unterstützung der Vernetzung der urbanen Zivilgesellschaft und von Initiativen, die zum Teil mehr geleistet haben als Kommunalregierungen. Wenn eine bundesweite Bewegung da wäre, könnte das Thema noch viel präsenter in den Medien und in der Politik werden.

Welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, um den Bezirk verkehrsfreundlicher, gesünder (Feinstaub) und sicherer zu gestalten (Stichpunkt: Radverkehrsplanung)?

Aktuell arbeiten wir an der Aufstellung eines Fahrradplans, in dem wir die wichtigsten Projekte für die Legislatur aufführen. Die Sicherheit des Verkehrs verbessern wir z.B. durch den Umbau von Kreuzungen.

Welche baulichen Verkehrsmaßnahmen haben Priorität und werden noch in diesen Jahr angegangen (Stichworte: Radstreifen, Radschnellwege, Verkehrsberuhigung, Parkraumbewirtschaftung)?

Seitens der BVV bekommt das Bezirksamt sehr viele wichtige Aufträge zur Verbesserung der baulichen Situationen im Straßenland. Oft sind es kleine Eingriffe wie Schwellen, die relativ schnell umgesetzt werden können. Manchmal sind es komplizierte Neuordnungen der Systematik von Verkehrsführung an Kreuzungen oder ganze Straßen betreffend. Eine hohe Priorität hat die Verbesserung des Radverkehrs. Mit dem Fahrradplan wollen wir neben Prioritäten bei Maßnahmen auch eine langfristige Strategie aufzeigen, wie wir die Verkehrsweise hin zum Rad, weg vom Auto vor Ort im Bezirk befördern können.

Xhain ist Kommune für biologische Vielfalt

Seit Juli ist Friedrichshain-Kreuzberg Kommune für biologische Vielfalt. Mit der Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ verpflichtet sich unser Bezirk die Biodiversität zu schützen und zu stärken.

Weltweit werden fast zwei Drittel der Ökosysteme, viele Tier- und Pflanzenarten als gefährdet eingestuft. Auch in Deutschland ist die Biologische Vielfalt bedroht. Zuletzt hat das die aktuellen Erkenntnisse zum Insektenbestand gezeigt. Laut Antwort des Bundesumweltministeriums auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag ist das Insektensterben dramatisch: „Studien zufolge gibt es an Versuchsstandorten dramatische Rückgänge der Insektenbiomasse vom Jahr 1982 bis zum Jahr 2017 um bis zu 80 Prozent“. Insekten sind die Nahrungsgrundlage für Vögel oder Fledermäuse. Ursache des massiven Verlustes der biologischen Vielfalt ist die Landwirtschaft mit dem Einsatz von Pestiziden, dem Anbau von Monokulturen und dem Fehlen von Hecken und Blühstreifen.

Konkrete Maßnahmen

Verdichtete urbane Räume, wie Friedrichshain-Kreuzberg, sind durch ihren Ressourcen- und Güterbedarf einerseits Treiber des Verlustes an biologischer Vielfalt, andererseits bieten sie auch vielfältige Habitats und Rückzugsräume für unterschiedliche Arten, welche in ausgeräumten intensiv agrarisch genutzten Landschaften oft nicht mehr zu finden sind. So finden wir in unserem Bezirk Fledermäuse oder Bienen. Darüber hinaus ist z.B. der Kauz im Volkspark Friedrichshain,



Umweltstadträtin Clara Herrmann

Foto: ??

der Turmfalke in Kreuzberg oder der Eisevogel auf Stralau zu finden.

Als Kommune für biologische Vielfalt verpflichtet sich der Bezirk, Maßnahmen im Sinne der Erhaltung und Stärkung der biologischen Vielfalt in folgenden Bereichen zu ergreifen und erwartet ein entsprechendes Handeln von Bund und Ländern: I. Grün- und Freiflächen im Siedlungsbereich, II. Arten- und Biotopschutz, III. Nachhaltige Nutzung und IV. Bewusstseinsbildung und Kooperation.

Der Erhalt der biologischen Vielfalt wird in verschiedenen Bereichen im Bezirk täglich umgesetzt. Darunter

fällt das Anbringen von Nistkästen am Rathaus Kreuzberg oder im Volkspark Friedrichshain, der Verzicht auf Pestizide in der Grünflächenpflege, der Naturerfahrungsraum Robinienwäldchen in der Halleschen Straße, die Schaffung von Mini-Biotopen z.B. Totholzstämme auf Stralau, das Anpflanzen gebietsheimischer Pflanzen oder der Schutz der Inseln Kratzbruch und Liebesinsel in der Rummelsburger Bucht.

Zuletzt hat das Umweltamt es ermöglicht, dass Mitarbeiter*innen der Verwaltung ab sofort Dienstfahrten mit dem Fahrrad zurücklegen können. Dafür ist vor dem Rathaus Kreuzberg

eine Nextbikestation installiert worden. Auch die Unterzeichnung der Deklaration „Kommune für biologische Vielfalt“ ist mit konkreten Maßnahmen begleitet worden. Gemeinsam mit Mitarbeiter*innen des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg habe ich bienen- und insektenfreundliche Blumen vor die Fenster der Büros gepflanzt.

Insektenfreundliche Blumen und Insektenhotels

Durch das Säen und Einsetzen von vorzugsweise einheimischen Blumen in die Kästen auf den Fensterbänken leistet das Bezirksamt einen kleinen, sichtbaren Beitrag zur biologischen Vielfalt. Bienen und andere Insekten finden auf den Mini-Wiesen am Fenster weitere Futterquellen zum Sammeln von Pollen und Nektar vor. Abgerundet wurde diese Naturschutzaktion durch das Aufstellen eines Insektenhotels, in welchem Wildbienen und andere Insekten nisten und überwintern können.

Der Titel „Kommune für biologische Vielfalt“ wird in unserem grünen Xhain mit Leben gefüllt. Für uns ist Biodiversität ein wichtiges Leitziel für das Handeln der Verwaltung und zwar im Großen, wie im Kleinen.

■ **Clara Herrmann,**
Stadträtin für Finanzen, Umwelt,
Kultur und Weiterbildung

■ **Das Gespräch führte**
Christian Könneke

Rund ums Bezirksparlament

Umbau Hermannplatz

Der Hermannplatz als bedeutender Verkehrsknoten liegt genau an der Schnittstelle zwischen Neukölln und Kreuzberg. Die Verkehrssituation ist von zahlreichen Konflikten geprägt. Der Platz ist ein Unfallschwerpunkt. Bauliche Veränderungen sind erforderlich um die Verkehrsströme neu zu ordnen und dadurch die Konflikte zu reduzieren. Wir haben in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom Juli angeregt, eine bezirksübergreifende Planung für den Hermannplatz und die Anbindung aller angrenzenden Straßen in Auftrag geben zu lassen. So sollen beispielsweise die Kreuzungsbereiche des Hermannplatzes so umgebaut werden, dass eine Gefährdung von Radfahrenden und Fußgänger*innen durch abbiegende Autos reduziert wird. Die Planung soll die radfahrfreundliche Anbindung der geplanten geschützten Radstreifen in der Hasenheide, der Karl-Marx-Straße und auf dem Kottbusser Damm gewährleisten. Der Platz für Radfahrende und Fußgänger*innen auf dem Hermannplatz ist so aufzuteilen, dass beide Nutzer*innengruppen jeweils mehr Platz bekommen, sowie Konflikte untereinander und mit Autos minimiert werden. Aufgrund nicht ausreichender Ressourcen ist das Bezirksamt Neukölln nicht in der Lage diese Planungen selbst voranzutreiben. Daher soll es in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung beauftragt werden. (aus)

Mehr Frauennamen

Das Bezirksamt wurde bei der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Juli beauftragt, zukünftig auch bei der Benennung von Privatstraßen und Plätzen darauf hinzuwirken, dass diese nach Frauen (insbesondere lesbischen, bisexuellen, trans*, intersexuellen und queeren Frauen) benannt werden sollen. Die BVV hatte bereits 2005 beschlossen, Straßen und Plätze solange nach Frauen zu benennen, bis mindestens die Hälfte aller Straßen und Plätze nach Frauen benannt ist (DS/ 1497/II). Auch LSBTTIQ* Frauen sollen nach dem Willen der BVV im öffentlichen Raum sichtbar werden. Bereits in der BVV vom Mai wurde beschlossen, dass die Straße zwischen Edith-Kiss-Straße und Mildred-Harnach-Straße in Freia-Eisner-Straße umbenannt werden soll. Freia Eisner war in der Lesben-, Frauen- und Friedensbewegung aktiv (siehe Stachel Nr. 60). (aus)

Bezirk gegen Deutsche Bahn

„Herr Schmidt stellt sich quer“, so drückt es die taz aus. Wieder einmal kümmert sich der Bund bzw. ein bundeseigenes Unternehmen, nämlich die Deutsche Bahn, bei der geplanten Veräußerung von Grundstücken aus ihrem Besitz einen Dreck um das Gemeinwohl sondern ausschließlich um die höchstmögliche Rendite. Konkret geht es um ein Grundstück am Ostkreuz, das die deutsche Bahn nicht mehr braucht. Und um die BSR, die ein neues Betriebsgelände braucht, um von ihrem bisherigen Standort in bester Lage an der Warschauer Brücke umziehen zu können und dort Platz für dringend benötigte Wohnungen oder andere gemeinwohlorientierte Nutzungen zu schaffen. Doch die Bahn will höchstbietend an private Investor*innen verkaufen zu einem Preis, den die BSR einfach nicht bieten kann. Deshalb hat der Stadtrat einen ungewöhnlichen Schritt angekündigt, nämlich mit einem Bebauungsplan, der in der Hoheit des Bezirks liegt, die Nutzung dieses Bahngeländes als Standort für die Stadtreinigung festzuschreiben. Und es damit komplett uninteressant für jede Art von Investor*innen zu machen. Da der Senat bereits Unterstützung für dieses Vorhaben angekündigt hat, stehen die Chancen nicht schlecht, dass da David gegen Goliath gewinnt und nicht allein das Kapital bestimmt. Oder ein schlecht gelaunter Finanzminister. (wh)

Grün in Xhain – So bewegen wir den Bezirk

Wir haben in Xhain viele größere und kleinere Erfolge vorzuweisen. Eine Auswahl an gelungenen Projekten, Initiativen und Ideen stellen wir euch hier anhand einer unvollständigen Sammlung von Highlights vor.

Dragoner-Areal

Nach jahrelangem Kampf um das sogenannte Dragoner-Areal, das vom Bund meistbietend verkauft werden sollte, ist es gelungen, eine Privatisierung des Geländes zu verhindern. Als Bestandteil des Hauptstadtvertrags soll das Dragoner-Areal im Tausch mit anderen Flächen an das Land Berlin gehen. Gemeinsam mit den Initiativen vor Ort haben wir uns auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene immer gegen den Verkauf zum Höchstpreis eingesetzt. Wir machen uns seit Jahren für bezahlbaren kommunalen Wohnraum, sowie eine kiezfreundliche Mischung aus sozialer und öffentlicher Infrastruktur, Gewerbe, Freiflächen und Kultur auf dem Dragoner-Areal stark. Wir wollen, dass die aktuellen Nutzer*innen, darunter viele Handwerksbetriebe und Gewerbetreibende, auch weiterhin eine Zukunft auf dem Gelände haben. Wir wollen, dass das Grundstück im Sinne der Menschen im Kiez und nicht im Interesse von Spekulant*innen genutzt wird.

vertrag sollte nicht mehr verlängert werden. Das hätte das Aus bedeutet. Wir haben uns zusammen mit den Nachbar*innen und Initiativen im Kiez dafür eingesetzt, dass das „Filou“ bleiben kann. Nach intensiven, konstruktiven Verhandlungen gibt es jetzt einen für beide Seiten fairen

gerückt und bestehende Initiativen in ihrer Arbeit unterstützt. Wir bringen uns innerhalb der überparteilichen Steuerungsgruppe ein und setzen auf soziale und ökologische Standards: Fairer Handel schafft menschenwürdige Arbeitsbedingungen und ermöglicht den Produzent*innen und

Landschaften oft nicht mehr zu finden sind. Auf unsere Initiative hin wurde das Bezirksamt beauftragt, die „Deklaration biologische Vielfalt in Kommunen“ zu unterzeichnen und die für Friedrichshain-Kreuzberg relevanten Punkte schrittweise umzusetzen. Damit erklärt Xhain den politischen Willen, biologische Vielfalt zu schützen und ökologische Aspekte in die Stadtentwicklung zu integrieren. Ein konkreter Schritt der Umsetzung ist das Bekenntnis zur pestizidfreien Kommune, d.h. keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel auf städtischen Flächen im Bezirk einzusetzen. Die Selbstverpflichtung geht auf eine Initiative des Bundesamtes für Naturschutz zurück und soll dazu beitragen, die Bemühungen zum Schutz von Artenvielfalt und Lebensräumen in Kommunen zu verstärken. Bis Oktober 2016 haben 273 Kommunen in Deutschland die Deklaration unterzeichnet, darunter auch einige Berliner Bezirke.



Wandgestaltung in Xhain

Foto: ck

Vorkaufsrecht

Ob Neues Kreuzberger Zentrum (NKZ) am Kottbusser Tor oder einzelne Wohnhäuser in den Kiezen: Die Mieter*innen müssen im gesamten Bezirk vor Verdrängung und Spekulation geschützt werden. Immer öfter wird Wohnraum als Spekulationsobjekt für Investoren missbraucht, die ihre Profite zu Lasten der Mieter*innen erzielen wollen. Hierbei kommt dem Instrument Vorkaufsrecht eine wichtige Rolle zu. In Xhain haben wir das Vorkaufsrecht bereits mehrmals erfolgreich ausgeübt, sowie zahlreiche Abwendungsvereinbarungen geschlossen. Damit sind wir Vorreiter für dieses Instrument. Heftigen Angriffen der Immobilienlobby zum Trotz werden wir weiter entschieden gegen die Verdrängung im Bezirk vorgehen und wollen dazu das Vorkaufsrecht weiter stärken. Dazu braucht der Bezirk die finanzielle Unterstützung und Rückendeckung des Senats. Außerdem müssen möglichst bald weitere gesetzliche Regelungen auf Bundesebene geändert werden, um das Vorkaufsrecht zu stärken. So ist dringend eine Überarbeitung der Berechnung der Verkehrswerte nötig, zu denen durch die Kommunen angekauft werden kann - u.a. sollen sie zukünftig keine spekulativen Elemente mehr enthalten.

Mietvertrag, mit Planungssicherheit über viele Jahre. Hier zeigten sich die Eigentümer einsichtig. Doch in den meisten Fällen gelingt das nicht, weil die gesetzlichen Grundlagen fehlen, um Kleingewerbe schützen zu können. Das darf so nicht weitergehen. Was unsere Wohngenden so attraktiv macht, ist die Kleinteiligkeit und das vielfältige Leben vor der Haustür. Deshalb fordern wir ein soziales Gewerbetrecht, das einen besseren Schutz für Kleingewerbe und soziokulturelle Infrastruktur ermöglicht. Dazu gehört die Erweiterung des Milieuschutzes auf Gewerbe und soziale Infrastruktur. Auch der Kündigungsschutz für Gewerbetriebe*innen soll ausgebaut werden, es braucht einen Gewerbetriebspiegel und eine Gewerbetriebspreisbremse. Die Rettung der Bäckerei Filou soll erst der Anfang sein!

Arbeiter*innen ihren Lebensunterhalt nachhaltig zu sichern.

Die Steuerungsgruppe veranstaltete gemeinsam mit dem grünen Bezirksamt 2017 unter anderem ein faires Fußballspiel mit anschließendem Elfmeterschießen mit Bällen aus fairer Produktion und verschiedenen Veranstaltungen zu fairer Bekleidung. So etwa eine Diskussionsrunde zu Siegeln in der Bekleidungsindustrie im FHXB Museum oder zwei Filmvorführungen „The true cost“ im Moviment-Kino Kreuzberg.

Damit Berlin als Stadt zur Fairtrade-Town werden kann, müssen mindestens acht Bezirke die Auszeichnung Fairtrade-Town tragen. Außerdem drängen wir darauf, dass bei bezirklichen Beschaffungen ökologische und soziale Kriterien bereits bei niedrigen Beträgen ab 500 Euro eingefordert werden.

Fairtrade

Friedrichshain-Kreuzberg wird Fairtrade Town! Auf unseren Antrag hat das Bezirksparlament bereits 2015 hin beschlossen, dass Xhain Fairtrade Town wird. Damit wird der Faire Handel auf kommunaler Ebene stärker ins Bewusstsein der Menschen

Biologische Vielfalt

Verdichtete Räume und wachsende Städte tragen weltweit und lokal zum Verlust von biologischer Vielfalt bei. Gleichzeitig bieten sie auch vielfältige Habitate und Rückzugsräume für unterschiedliche Arten, welche in ausgereäumten intensiv agrarisch genutzten

Sexistische Werbung

Wir haben uns gegen diskriminierende, frauenfeindliche und sexistische Werbung im öffentlichen Raum stark gemacht. Als erster Bezirk in Berlin haben wir verbindliche Regeln gegen herabwürdigende und sexistische Werbung für Werbeerträge, die der Bezirk abschließt, eingeführt. Seit 2014 schließt das Bezirksamt in Xhain in neuen Werbeverträgen deutlich aus, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder sexuellen Identität herabgewürdigt werden. Bestehende Verträge wurden ebenfalls angepasst. Eine Jury aus unabhängigen Vertreter*innen entscheidet, wann unsere Werbeverträge gebrochen werden. Wird dieser vertraglichen Vereinbarung zuwider gehandelt, ist die jeweilige Werbung durch die Vertragspartner*innen abzuhängen. Unsere Initiative hatte Signalwirkung, denn nun ziehen weitere Berliner Bezirke nach und sexistische Werbung soll auch auf landeseigenen Werbeflächen durch scharfe Ausschreibungskriterien unterbunden werden. Wir folgen dabei übrigens Beispielen aus anderen Städten in Deutschland, die vergleichbare Werberegeln eingeführt haben – in Ulm z.B. schon vor 20 Jahren. Wir wollen keine Diskriminierung hinnehmen – auch nicht im öffentlichen Raum.

Caroline Ausserer

Für ein soziales Gewerbetrecht

Die Verdrängung erfasst immer mehr auch das Kleingewerbe. Viele Buchhandlungen, Gemüsehändler, Bäcker oder Gemischtwarenläden, Kitas, betreutes Wohnen oder andere soziale wie kulturelle Einrichtungen und Treffpunkte sind von Verdrängung durch Läden, Gastronomie und Firmen bedroht, die vielfach höhere Mieten zahlen können. Oft gehören diese zur Tourismusindustrie und dienen nicht mehr der Versorgung der Wohnbevölkerung. Bundesrechtlich fehlt ein gesetzlicher Mieterschutz für Gewerbetriebe*innen. Damit haben Vermieter*innen freie Hand. Verlangt werden kann, was der Markt hergibt.

So ging es auch der Bäckerei Filou in Kreuzberg. Ihr Gewerbetriebe-



Sexistische Werbung

Foto: ck



ALLE KITAS BLEIBEN

More green.

Es ist zum Kinderkriegen.

brunt statt Kram.

FÜR FREIES FAIRES KÄFFCHEN TRINKEN

HELLGRÜN IST DAS ANDERE LINKS

A 100

KEINE GEFAHREN- GEBIETE

MEHR ÖKO BITTE!

...ich will hier zur Schule

100% SOZIAL STATT NULL TOLERANZ

adalet

UNSERE

83

ERSTSTIMME

MIO

FÜR

KEIN MENSCH IST ILLEGAL!

Ich will später älter werden und nicht früher ärmer

KLARE KANTE

CANAL

ICH SPRECH' DSCHANAN RICHTIG AUS * C = DSCH

GRÜNFLÄCHEN ERHALTEN!!

GRÜN ODER WAS

WANN MACHT IHR ENDLICH DIE SPREE SAUBER!!

WASSER IST GRUNDRECHT

I know this from Instagram.

ALLES KULUSE

Awesome! you can drink beer in public!

Easy way

DRECK SCHLEUDERN RAUS AUS DEN KIEZEN

BAYRAM

#I like

BAYRAM WÄHLEN HEISST SPEKULANT* INNEN QUÄLEN

KEINE RENDITE MIT DER MIETE

SWASTIKA

GENDER STARS & FÜR ALLE

Ehe für die die sie wollen

alles klar?

EINZIEHEN STATT ABSCHIEBEN

BIN KLIMAFLÜCHTLING

Bio darf kein Luxus sein!

LUXUS

LEGALIZE SHIT

WIR BLEIBEN

ICKE WILL E-Mobility, die für mich funzt

WIE VEGGI-DAY?

GRRR

HIER

GLOKAL GERECHTER MARKT

DIE GRÜNEN Xhain+Prenzlberg Ost

In Xhain mit besonderen Ehren

Die Bezirksmedaille und der Jugend-Engagementpreis sind die beiden höchsten Auszeichnungen, die der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg verleiht. Einmal im Jahr werden damit Personen, Gruppen und Initiativen geehrt, die sich in herausragender Weise um das Gemeinwohl im Bezirk verdient gemacht haben.

Zur feierlichen Verleihung der Bezirksmedaillen und Jugend-Engagementpreise am 30. Juni war der Saal im Tagungszentrum FMP 1 am Franz-Mehring-Platz gut gefüllt. Knapp zwei Dutzend Vorschläge für die Ehrungen waren im Zuge des öffentlichen Aufrufs bis Mitte Mai beim Bezirksamt eingegangen. Aus ihnen hat die Jury – bestehend aus der Bürgermeisterin, einem weiteren Bezirksamtsmitglied und Bezirksverordneten – die diesjährigen Preisträger*innen ausgewählt.

Würdigung für ehrenamtlichen Einsatz

Mit der diesjährigen Bezirksmedaille ausgezeichnet wurden zwei Kreuzberger Frauen, Emal Yarcan und Gabriele Döring, die im MehrGenerationen-Haus im Wassertorkiez seit über fünf Jahren möglich machen, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien täglich eine gesunde warme Mahlzeit erhalten. Die Ärztin Renate Schüssler hat die Medaille für ihre ehrenamtliche Versorgung der Geflüchteten in den bezirklichen Notunterkünften entgegengenommen. Der Verein mog61 erhielt die Auszeichnung für sein langjähriges Engagement für ein

Miteinander im Kiez. Und last but not least wurde Aydin Akin – wer kennt ihn nicht, den pensionierten Steuerberater mit seiner trillernden bunten Ein-Mann-Rad-Demo? – für seinen unermüdlichen Einsatz für ein Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen anderer Herkunftsländer geehrt.

Anders als die Bezirksmedaille, die für eine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit steht, würdigt der Jugend-Engagementpreis den Einsatz junger Menschen ab 10. In diesem Jahr ist er zum zweiten Mal verliehen worden und ging an den 13-jährigen Odin Leipner für den Aufbau einer ehrenamtlichen Schulbibliothek, an den 17-jährigen Johannes Behrens für seine Schüler*innen-Hilfeprojekte sowie an die Klasse 9/3 des Heinrich-Hertz-Gymnasiums für ihr Stolperstein-Projekt zur Geschichte des jüdischen Mathematikers Alexander Grothendieck und seiner Familie. Außerdem fand erstmals im Rahmen des Festakts eine öffentliche Belobigung statt: Die 18-jährige Schülerin Neira

Alic hat mit einem selbstlosen Sprung in das U-Bahn-Gleisbett, kurz bevor die U-Bahn einfuhr, einem kleinen Jungen das Leben gerettet.

So vielfältig und bunt, wie das Spektrum der Geehrten am 30. Juni gewesen ist, haben sie trotzdem alle etwas gemeinsam: dass sie sich einmischen, sich einsetzen und Dinge bewegen. Ob allein oder im Team, ob in Gruppen und Initiativen. Auf das Engagement für die Menschen im Bezirk kommt es an! Sie sind Vorbilder und stehen gleichzeitig für die vielen anderen Engagierten in Friedrichshain-Kreuzberg, die jeden Tag immer wieder von Neuem ebenfalls alle Auszeichnungen verdienen würden. Ohne ihrer aller ehrenamtlichen Engagement wäre Friedrichshain-Kreuzberg nicht der bunte Bezirk, der er ist. Dafür drücken einmal im Jahr die Verleihung der Bezirksmedaillen und Jugend-Engagementpreise ein dickes Dankeschön aus.

Kristine Jaath,
Bezirksvorsteherin

Vorschläge für die **Bezirksmedaille** und den **Jugend-Engagementpreis** im kommenden Jahr 2018 können jederzeit eingereicht werden. Zu den Kriterien siehe https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/aktuelles/pressemitteilungen/2017/pressemitteilung_586648.php

Silvio-Meier-Preis 2017

Friedrichshain-Kreuzberg lobt in diesem Jahr zum zweiten Mal den Silvio-Meier-Preis aus.

Die Preisverleihung für den Silvio-Meier-Preis wird dieses Jahr im November stattfinden. Auch 2017 wollen wir gemeinsam mit Ihnen eine engagierte Initiative, Einzelperson oder ein tolles Projekt in Friedrichshain-Kreuzberg würdigen.

Mit dem Silvio-Meier-Preis will der Bezirk Menschen, Vereine, Initiativen und Projekte ehren und unterstützen, die sich in herausragender Weise gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung einsetzen. Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen oder Projekte können sich entweder selbst bewerben oder vorgeschlagen werden.

Bewerben Sie sich jetzt oder geben Sie einen Vorschlag für den Silvio Meier Preis 2017 ab:

- Bewerbungen/Vorschläge an: silvio-meier-preis@ba-fk.berlin.de
- Bewerbungsfrist: bis 25.09.2017
- Bewerbungsinhalt: schriftliche Projektbeschreibung und Begründung für die Bewerbung bzw. den Vorschlag

Der Preis trägt den Namen von Silvio Meier, einem leidenschaftlichen

Kämpfer für Toleranz, Freiheit und politische Emanzipation, der sein couragiertes Auftreten gegen rechte Gewalt mit dem Leben bezahlen musste.

Am 21. November 1992 wurde im U-Bahnhof Samariterstraße in Friedrichshain der damals 27-jährige Silvio Meier von jugendlichen Neonazis erstochen. Doch nicht nur sein gewaltsamer Tod, sondern mehr noch sein Leben und politisches Wirken, das mutige Eintreten gegen jede Form Dogmatismus, Entmündigung, Zwangsherrschaft und soziale Exklusion machen Silvio Meier zu einem herausragenden Beispiel zivilgesellschaftlichen Engagements.

Mit der Verleihung des Silvio-Meier-Preises bezieht der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg klare Position gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Ausgrenzung, Diskriminierung und unterstützt aktives, gewaltfreies Eintreten für Freiheit, politische und kulturelle Emanzipation unabhängig von Herkunft, Religion, sozialer Stellung oder sexueller Identität.

Clara Herrmann,
Stadträtin für Finanzen, Umwelt, Kultur und Weiterbildung

Beyond the Wall

Vom 13. August bis zum 9. November 2017 wird die der Spree zugewandte Mauerseite der East Side Gallery mit der Installation "Beyond the Wall" des deutsch-amerikanischen Künstlers Stefan Roloff wieder zur West Side Gallery.



Die auf Papierbahnen gedruckte und auf 229 Metern an die Mauer tapezierte Arbeit zeigt Stills aus Videofilmen, die Roloff, ein Pionier digitaler Foto- und Videokunst 1984 von der Westberliner Seite aus von den Grenzanlagen aufgenommen hat, unter anderem auch von der Oberbaumbrücke aus, also mit Blick auf jenen Anschnitt der Berliner Mauer, vor dem wir jetzt stehen. Fasziniert von der Tatsache, dass Menschen im Schatten des Todestreifens einer als normal empfundenen Arbeit nachgingen, hat Stefan Roloff fünf kurze Filme gedreht, die das surreal anmutende Agieren auf diesem Areal zu Thema haben. Die Stills aus diesen Filmen wurden nun extrem vergrößert und dadurch ein besonderer malerischer Effekt erreicht. Wie bei Bildern von Velasquez sind aus der Nähe bewegte Malstrukturen sichtbar. Je weiter man sich entfernt, desto fotorealistischer wird das Bild.

Davor und dahinter

Roloffs Videostills sind Versatzstücke aus einer untergegangenen Welt mit kafkaesken Elementen: Da marschieren Uniformierte in Zweierreihen zum frühmorgendlichen Schichtwechsel. Ein Militärboot patrouilliert im Regen, ein Grenzsoldat harkt den Minenstreifen zwischen Panzersperren. Sechs großformatige schwarze Silhouetten von Menschen, deren Leben auf der Ostseite durch die Grenze geprägt war, erscheinen wie schwarze Löcher in der Mauer und geben den Blick frei auf die andere Seite. Texte aus Interviews mit diesen Menschen liefern Einblicke in die dahinter liegende psychologische Realität. Die traumatischen Erfahrungen dieser Menschen werden über Video-links zu ihren bewegten Portraits, aber auch durch im Zeitraum der der Ausstellung stattfindende Zeitzeugengespräche im Kulturraum Zwingli-Kirche lebendig.

Zeitloses Symbol

Die Installation ist ein Politikum. Und dies nicht nur wegen ihres Themas. Der Künstler und die Kuratorin Adrienne Goehler mussten erfahren, dass es zwar kein Problem ist, ganze Mauerteile aus der East Side Gallery herauszubringen, wenn dies den Interessen von Investor*innen dient, die obere Denkmalschutzbehörde aber plötzlich ungeahnte Aktivitäten entfaltet, wenn es darum geht, die Rückseite der East Side Gallery künstlerisch zu bespielen. Kultursenator, Senatskulturverwaltung und Bezirk haben nun gemeinsam durchsetzen können, dass diese Ausstellung doch stattfinden kann. Im Rahmen der Pressekonferenz verkündet Kultursenator Klaus Lederer dann auch die geplante Übernahme von East und West Side Gallery durch die Stiftung Berliner Mauer und die Erwartung, auch durch die zusätzlich im nächsten Landshaushalt bereitgestellten Mittel, nun eine würdige Erinnerungsarbeit gewährleisten zu können. Doch Künstler und Kuratorin wollen ihre künstlerische Intervention an diesem Ort keineswegs als bloße Erinnerungsarbeit oder Gedenken verstanden wissen. Die Mauer, so Roloff, sei für ihn weniger ein historisches Relikt als vielmehr ein zeitloses Symbol für ein Schüren von Angst, das zu Feindschaft, Rassismus und dem Erhalt von Machtstrukturen führe. Und deshalb auch ein Ort, der ausgehend davon wie kaum ein anderer geeignet sei, sich immer wieder neu mit den ganz aktuellen Auswirkungen dieser Strukturen der Macht auseinanderzusetzen und ihren gegenwärtigen und wirkungsmächtigen Inszenierungen, die immer neue Mauern gebären: reale und solche in den Köpfen.

Werner Heck,
Bezirksverordneter



BeyondTheWall-Künstler

Görli – ein Ort für Alle

Der Görlietz Park alias „Görli“- Schreckensszenario für die Einen, Ort der Freiheit für die Anderen. An kaum einem Ort Berlins konzentrieren sich die soziokulturellen Effekte der wachsenden Stadt stärker als hier. Um die vielen Probleme im Görli zu lösen, müssen Land und Bezirk zusammen agieren.

Berühmt geworden ist der Görli in den letzten Jahren vor allem durch eines: Razzien und Großaufgebote der Berliner Polizei unter dem damaligen Innensenator Henkel (CDU). Eine gescheiterte Null-Toleranz-Politik, die niemanden glücklich gemacht hat.

Nach einem langen partizipativen Verfahren trägt seit kurzem das im Bezirk gemeinsam von und mit Bürger*innen erarbeitete „Handlungskonzept Görlietz Park“ erste Früchte. Parkmanager Cengiz Demirci und seine Parkläufer*innen haben ihre Arbeit aufgenommen, die BSR sorgt für mehr Sauberkeit und eine merkliche Beruhigung der angespannten Lage vor Ort zeichnet sich bereits ab.

Aufsuchende Sozialarbeit als wichtiger Faktor

Es fehlt derzeit jedoch noch an einem der wichtigsten Bestandteile des Konzepts: der aufsuchenden Sozialarbeit für Erwachsene. Es kam und kommt im Park immer wieder zu Konflikten zwischen einzelnen Nutzer*innen-Gruppen. Situationen wie das Campieren ganzer Familien im und rund um den Park, der Verkauf von teils harten Drogen, aber auch sexuell motivierte Übergriffe gegenüber Frauen sind die negativen Seiten der Parknutzung.

Festzustellen ist dabei, dass Personen, die im Park ihren regelmäßigen Lebensmittelpunkt haben, einen hohen Beratungs- und Begleitungsbedarf haben. Diese Menschen sollen nicht allein gelassen werden, sondern dabei unterstützt werden, ihr Leben aktiv zu gestalten. Die aufsuchende Sozialarbeit war eine der zentralen Forderungen der Arbeitsgruppe, aus der das Handlungskonzept hervorgegangen ist. Der Bezirk ist in Vorleistung gegangen und trägt bereits aus dem eigenen Haushalt die Kosten für den Parkmanager und die Parkläufer*innen. Auch wenn der Bezirk nur wenig finanzielle Freiräume hat, wurden diese Kosten bewusst

eingestellt, um die Konzepte für den Görlietz Park vom Papier in die Realität umzusetzen.

Bei meinem Besuch beim neuen Parkmanager Demirci wurde das nochmal besonders deutlich: Der Görli soll kein Sammelbecken für Drogendealer, Partytouristen und verdrängte Randgruppen werden. Sozialarbeit soll helfen, Probleme im Park präventiv aufzugreifen und Lösungswege zu erarbeiten.

Um das Konzept weiter erfolgreich umzusetzen ist nun der Senat in der Verantwortung: das Land Berlin muss dringend die aufsuchende Sozialarbeit im Görlietz Park finanzieren - so wie es bereits für andere Berliner „Hotspots“ wie den Leopoldplatz, den Alexanderplatz oder das Kottbusser Tor geschieht. Ohne Sozialarbeit im Görli findet lediglich eine Verschiebung von Problemen von einem Ort an den Anderen statt. Dies gilt es im allseitigen Interesse zu verhindern.

In diesem Zusammenhang gab es in der Vergangenheit bereits Zusagen von Senator Geisel, damals noch für Stadtentwicklung zuständig: er versprach, die Sozialarbeit aus Landesmitteln zu finanzieren, sobald es ein Konzept für den Görli gäbe. In den anstehenden Beratungen zum Landshaushalt 2018/2019 wird meine Fraktion dafür eintreten, dass die notwendigen Mittel eingestellt werden und dieses Versprechen mit R2G eingelöst wird.

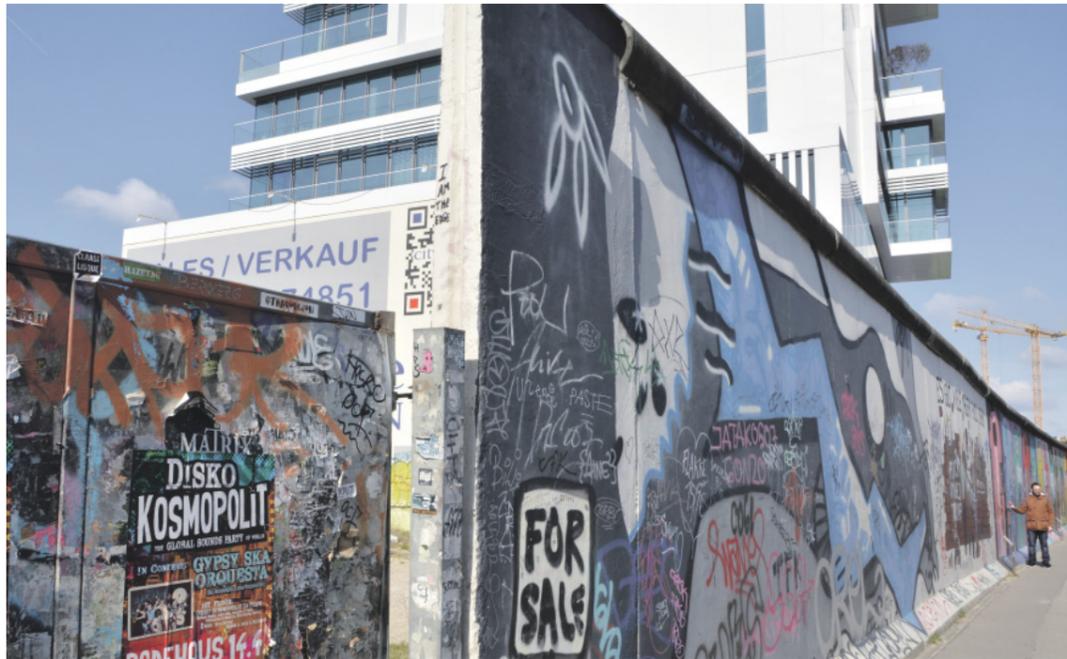
Nicht zuletzt kann auch nur so die völlig verfehlte Law-and-order-Politik des vergangenen Senats endlich beendet und zum Guten gewendet werden. Nur wenn Land und Bezirk zusammen agieren, kann das gesamte Konzept zum Park seine Wirkung entfalten und nur so können die Konflikte hinreichend eingedämmt und der Görli wieder zu einem Ort für alle Menschen werden.

Marianne Burkert-Eulitz,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Die Zukunft der East Side Gallery

Es kommt Bewegung in die Diskussion um die Zukunft der East Side Gallery und des sie umgebenden Areals. Also auch des ehemaligen Todesstreifens und der zur Spree hingewandten Rückseite der Mauer, die auch gerade im Moment mit der Installation „Beyond The Wall“ von Stefan Rohloff zumindest temporär wieder zur West Side Gallery wird.

Nachdem das Land Berlin in den fast 30 Jahren, die die East Side Gallery nun besteht, diese eher als bauliches Hindernis bei der Entwicklung des ehemaligen Todesstreifens als lukratives Bauland behandelt hat, hat sich die neue Regierungskoalition in ihrem Koalitionsvertrag erstmals zu ihrer Verantwortung für dieses einzigartige Denkmal bekannt. Doch Papier ist geduldig, weshalb die BVV von Friedrichshain-Kreuzberg auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen die Initiative ergriffen hat und Bezirksamt und Senat auffordert, die Versprechen des Koalitionsvertrages umzusetzen. Denn obwohl es dort heißt: „Die Koalition setzt sich für den durchgehenden Erhalt der Mauerreste und der Grünfläche im Bereich der East Side Gallery, sowie für Verhandlungen mit den Investor*innen über Ausgleichsgrundstücke ein.“, haben bislang keine Gespräche mit diesen stattgefunden. Und es findet sich im Haushaltsentwurf für die beiden kommenden Jahre kein Posten für die möglicherweise fällige Entschädigung, sollte kein geeignetes Ersatzgrundstück gefunden werden. Hier muss der Senat offensichtlich zum Jagen getragen werden. Denn die Realisierung des dort geplanten wuchtigen Hotel- und Wohnkomplexes „Waterfront Living“, für das der Senat gegen den Willen des Bezirks noch



East Side Gallery

Foto: ck

unter einem Kultursenator Klaus Woreit die Baugenehmigung erteilt, würde die East Side Gallery endgültig zum Gartenmäuerchen für Luxuswohnen herabwürdigend und das Erlebnis des „geteilten Himmels“ endgültig unmöglich machen.

Anders scheint es mit dem Versprechen, „Die Kunstwerke sollen auch zukünftig gepflegt, regelmäßig restauriert und die Informationen vor Ort erweitert werden.“ Hier verkündete der neue Kultursenator Klaus Lederer anlässlich einer Pres-

sekonferenz zur Installation „Beyond The Wall“ die Übernahme der East Side Gallery durch die Stiftung Berliner Mauer. So sinnvoll und begrüßenswert diese Entscheidung sein mag, so ist doch irritierend, dass sie von den politisch Verantwort-

lichen ohne öffentliche Diskussion um das zukünftige Konzept einer dem besonderen Charakter der East Side Gallery getroffen worden zu sein scheint. Dabei würde es die East Side Gallery ohne das Engagement der Zivilgesellschaft wahrscheinlich nicht mehr geben. Anders als die Gedenkstätte Bernauer Straße steht dieser Ort nämlich in entscheidender Weise auch für die Aneignung und Transformation von Gedenken durch Künstler*innen und Aktivist*innen. Und diese sollten auch in maßgeblicher Weise an der Gestaltung der Zukunft der East Side Gallery beteiligt werden. Der Bezirk hat deshalb beschlossen im Herbst dieses Jahres, noch bevor vollendete Tatsachen geschaffen sind, zu einem öffentlichen Hearing einzuladen. Gemeinsam mit allen Akteur*innen und der Stiftung soll hier über ein diesem besonderen Ort entsprechendes Konzept für die Zukunft der East Side Gallery gesprochen werden. Vielleicht die letzte Chance, die Zukunft der East Side Gallery quasi von unten mitzugestalten.

Einen Beitrag hierzu wollen die Aktivist*innen vom Bündnis East Side Gallery retten mit ihrer Idee eines lebendigen Denkmals der Freude leisten, mit denen wir uns aus diesem Anlass getroffen haben.

Lebendiges Denkmal für die Freude

Ein Gespräch über die Zukunft der East Side Gallery mit Thomas Rojahn und Joerg Bereths vom Bündnis East Side Gallery retten und der Initiative Monument to Joy und Werner Heck, dem Vorsitzenden im Ausschuss für Kultur und Bildung der BVV Friedrichshain-Kreuzberg für den Stachel.

Stachel: *Ihr setzt Euch ja schon länger für die East Side Gallery ein. Weshalb? Was macht die East Side Gallery für Euch zu einem so besonderen Ort, dass ihr Euch da engagiert?*

Thomas: Für mich steht die East Side Gallery für die Freude über das friedliche Ende des Kalten Krieges sowie den friedlichen Fall des Eisernen Vorhangs, der bis 1989 die Welt in Ost und West teilte. Nach dem Fall der Mauer gab es berechtigte Hoffnungen für ein friedliches Miteinander in Europa und der Welt. Doch die Strategie des Wandels durch Annäherung bzw. Kooperation statt Konfrontation, hat sich heute wieder ins Gegenteil gewandelt. Daher ist es wichtig, die East Side Gallery für nachfolgende Generationen als Denkmal zu erhalten. Ein Symbol für Völkerverständigung, Freiheit und Frieden.

Jordi: Zunächst war es für mich nur ein Gefühl – ein Bedürfnis oder innerer Zwang, den ich mir nicht recht erklären konnte. Heute ist die East Side Gallery für mich wahrscheinlich das wichtigste Denkmal der neueren Zeitgeschichte, das den Menschen gerade in Zeiten wachsender Unsicherheit, Empörung und Angst wichtige Orientierung bieten kann.

Stachel: *Für Euch ist die East Side Gallery weniger ein Mauerdenkmal als vielmehr ein „Denkmal an die Freude“?*

Thomas: Die East Side Gallery soll die Menschen dazu anregen, sich für die Überwindung von Mauern, Völkerverständigung, Freiheit und für den Frieden einzusetzen. Freiheit wird einem nicht geschenkt, für sie muss man immer wieder streiten. Deswegen sollte es kein museales, statisches sondern ein lebendiges Denkmal werden, „Ein lebendiges Denkmal an die Freude“. Schwerpunkt dieser Arbeit, da auch die East Side Gallery als ein Streetart Projekt angelegt wurde, ist die Kunst. Da Kunst in Metaphern sprechen kann, ist sie für mich das ideale Mittel, um den heute

eher vernachlässigt wirkenden Ort im Sinne des Leitthemas des Denkmals mit Leben zu erfüllen. Dazu würden wir zum Beispiel gerne Künstler*innen zu Happenings einladen. Hinter der East Side Gallery gibt es viel Platz, den man gut für temporäre Kunst nutzen könnte. Streetart gehört zur East Side Gallery und durch das Aufstellen von Wänden könnte man für diese Art von Kunst einen Freiraum schaffen. Durch das Bereitstellen entsprechender baulicher Open Air-Anlagen wie einem Amphitheater, einer Agora oder ähnlichem ließen sich u.a. Theaterstücke oder musikalische Darbietungen aufführen, Happenings abhalten oder Vorträge zu Themen, die die Galerie verkörpert, durchführen. Ja, es sollte für jede Kunstsparte die Möglichkeit gegeben sein, sich mit Themen wie den Fall von Mauern, Frieden und Freiheit zu beschäftigen ...

Stachel: *Wem „gehört“ die East Side Gallery?*

Jordi: Wir denken, ideell gehört die East Side Gallery kraft ihrer Symbolkraft schon heute den Menschen, die sich nach dem Fall von Mauern sowie nach elementaren Dingen wie Frieden, selbstbestimmte Freiheit und Demokratie sehnen. Wir meinen auch, dass sich die Menschen die East Side Gallery gerade wegen ihrer Symbolkraft als Symbol nicht wegnehmen lassen dürfen und ihre Zukunft gemeinsam „von unten“ entwickeln sollten. Das ist der Ansatz von East Side Gallery – A Monument to Joy.

Stachel: *Offensichtlich steht die Übernahme bzw. Übertragung der East Side Gallery in die Stiftung Berliner Mauer bevor. Was haltet ihr davon?*

Jordi: Wir sehen diese Entwicklung eher mit gemischten Gefühlen. Sicher, die Stiftung Berliner Mauer wäre im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein Garant für den Schutz der baulichen Substanz der East Side Gallery. Problematisch erscheint uns jedoch

insbesondere der Umstand, dass die Stiftung Berliner Mauer traditionell eher eine negative Erinnerungskultur pflegt. Ihre Themen sind zum Beispiel die Schrecken der Deutschen Teilung, die Mauertoten, Flucht und Vertreibung. Sicher, auch bei der East Side Gallery handelt es sich um ein Teilstück der ehemaligen Berliner Mauer. Nach unserem Empfinden haben im Jahr 1990 jedoch die 118 internationalen Künstlerinnen und Künstler durch ihr Wirken den ehemaligen Ort des Schreckens in einen Ort positiver Erinnerung transformiert. Und daher plädieren wir dafür, die Zukunft der East Side Gallery anders, nämlich positiv, zu denken. Für uns ist die East Side Gallery ein Symbol der Freude über den friedlichen Fall von Mauern. Es sollte zumindest eine gewisse Eigenständigkeit der East Side Gallery sichergestellt werden. Denkbar wäre es für uns, die East Side Gallery in eine eigene „Unselbständige Stiftung“ zu überführen, die an die Stiftung Berliner Mauer angeschlossen ist.

Stachel: *Für Interessen privater Investor*innen können ganze Stücke aus der Mauer gerissen werden, aber auf der Rückseite macht der Denkmalschutz Schwierigkeiten, wenn künstlerische Interventionen aufgebracht werden sollen, die sich ohne die Substanz der Mauer auch nur anzukratzen, wieder entfernen lassen ...*

Jordi: Dit is Berlin. Ich erinnere mich an eine Szene aus dem Jahr 2013, als gerade das erste Mauersegment, der Engel, aus der East Side Gallery gebrochen worden war. Neben der noch frischen, klaffenden Lücke heftete Jörg Weber von der Künstlerinitiative gerade ein Protestplakat mit Kreppband an, als er von der Polizei aufgefordert wurde, dieses wieder zu entfernen, weil er dabei sei, ein Denkmal zu zerstören.

Stachel: *Was haltet ihr von der Idee, die East Side Gallery durch einen Zaun zu schützen?*

Jordi: Die Idee, die East Side Gallery durch einen Zaun vor Schmierereien zu schützen, stammt von der Künstlerinitiative East Side Gallery. Obwohl die Künstlerinitiative in der Vergangenheit sehr viel für den Erhalt der East Side Gallery geleistet hat, spiegelt sie keinesfalls den Willen aller Künstlerinnen und Künstler wider, die die East Side Gallery im Jahr 1990 geschaffen haben. Uns erscheint es paradox, ein Freiheitsdenkmal, das für den friedlichen Fall von Mauern steht, durch eine neuerliche Mauer in Form eines Zauns vor den Bürgerinnen und Bürgern schützen zu wollen.

Stachel: *Was erwartet ihr vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, was vom Berliner Senat?*

Jordi: Entsprechend des erfolgreichen Bürgerentscheids „Spreeufer für Alle!“ erwarten wir von beiden, dass sie dieses Votum nicht weiterhin ignorieren und kooperativ zusammenarbeiten, um vereint und aufrichtig den nach wie vor drohenden Hotelneubau „Waterfront Living“ von Investor Alon Mekel, der das Denkmal East Side Gallery endgültig zerstören würde, abzuwenden und den ehemaligen Todesstreifen in eine Grünfläche umwidmen. Ganz wie es im aktuellen Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Darüber hinaus wünschen wir uns eine kooperative Zusammenarbeit, die die Vision von einem „Lebendigen Denkmal an die Freude – East Side Gallery“ als ein Denkmal „von unten“ Wirklichkeit werden lässt, wie er in unserem „Denkstoß für das Konzept eines lebendigen Denkmals an die Freude – East Side Gallery“ angerissen ist. Hierzu möchten wir den Bezirk, den Senat und insbesondere

alle engagierten Berlinerinnen und Berliner herzlich einladen ...

Stachel: *Was erwartet ihr von dem geplanten Hearing zur Zukunft der East Side Gallery?*

Thomas: Den entscheidenden Impuls für ein „lebendiges Denkmal an die Freude – East Side Gallery“.

Stachel: *Was würdet ihr machen, wenn Euch die East Side Gallery und das Gelände auf dem sie steht, übertragen würde?*

Jordi: Eine wunderbare Frage. Im Rahmen unserer Möglichkeiten würden wir natürlich primär dafür sorgen, die Bilder sowie die Substanz der Galerie zu erhalten. Auch würden wir uns dafür einsetzen, die ursprüngliche Geschlossenheit der Galerie wiederherzustellen, damit alle Bilder wieder an ihren originären Stammplatz zurückkehren können und auch „Living Levels“ wieder verschwindet. Die Menschen sollen einfach wieder selbst erfahren können, was es heißt, in einen „geteilten Himmel“ blicken zu müssen, um sich der Bedeutung von Frieden, Freiheit und Demokratie für unsere Welt stets aufs Neue bewusst zu werden. Und schließlich würden wir im Rahmen eines größer angelegten, dauerhaften Dialogs versuchen, das Areal des ehemaligen Todesstreifens hinter der East Side Gallery im Sinne unseres „Denkstoßes für das Konzept eines lebendigen Denkmals an die Freude – East Side Gallery“ mit Leben zu erfüllen.

Das Gespräch führte Werner Heck

Mehr dazu unter:

<https://monument-to-joy.org> oder <https://www.pressenza.com/.../east-side-gallery-soll-ein-lebendiges-denkmal-der-freude-werden/>

Die ungekürzte Version des Gesprächs ist zu finden auf der Webseite von Bündnis 90 / Die Grünen Friedrichshain-Kreuzberg

Immobilien-Spekulation stoppen

Der 30. November 2016 war ein schöner Tag. Da erfuhr ich, dass Finanzminister Schäuble endlich nachgegeben hatte. Das Dragonerareal – ein Gewerbe- und Wohn-Mischgebiet in Berlin-Kreuzberg – würde nicht an den meistbietenden Investor fallen.

Das Dragoner-Areal geht an das Land Berlin. Jetzt können dort bezahlbare Wohnungen entstehen und Geschäfte bestehen bleiben, die die soziale Mischung im Kiez ausmachen.

Der Sieg beim Dragonerareal war ein Sieg von vielen Aktivist*innen und Politiker*innen. Die BlmA - Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten - besitzt allein in Berlin Hunderte von Arealen. Die Politik der BlmA, Wohnungen oder Bauflächen zum Höchstpreis zu verkaufen, hat in Ballungsräumen wie Berlin verhängnisvolle Folgen.

Denn die Kommune, die Bauland für günstigen Wohnungsbau, für Kitas oder Schulen bräuhete, kann beim Bieterwettbewerb nicht mithalten. Der Investor, der den Höchstpreis zahlt, wird dort teure Eigentums- oder Mietwohnungen errichten, um seine Kosten wieder hereinzuholen.

Der Bund als Preistreiber

Durch das Höchstpreisgebot wird der Bund selbst zum Preistreiber. Das ist falsch und deshalb haben wir Grünen im Bundestag einen Antrag gestellt, um das BlmA-Gesetz zu ändern. Leider hat die SPD an diesem Punkt der Mut verlassen und nicht für unseren Entwurf gestimmt. Solange sich keine Mehrheit im Bundestag für eine Änderung des BlmA-Gesetzes findet, müssen wir weiter Areal für Areal den Aufstand probieren.

Steigende Mieten durch Immobilienspekulation

Denn die CDU und ihr Finanzministerium findet das preistreibende BlmA-Gesetz in der jetzigen Form richtig. Mittlerweile weiß ein guter Teil der Berlinerinnen und Berliner aber, dass es bei der BlmA ein Problem gibt. Das ist ein Erfolg, den ich durchaus auch meiner politischen Tätigkeit zurechne.



Dragonerareal in Kreuzberg

Foto: ck



Urban gardening auf dem Dragonerareal

Foto: ck

Hinter galoppierenden Mieten und Kaufpreisen stecken nicht nur Angebot und Nachfrage. Dahinter steckt auch Immobilienspekulation. Es stimmt mich optimistisch, dass der Druck immer größer wird, das Steuer-

schlupfloch Share Deals zu schließen. Die sog. ShareDeals funktionieren so: Es fällt keine Grunderwerbssteuer an, wenn Immobilien anteilig als Teil einer Firma gekauft werden. Durch diese Share-Deals-Konstruktion ent-

gehen den Ländern mittlerweile jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge an Steuern. Wir Grüne haben eine Gesetzesänderung zu Share Deals in den Bundestag eingebracht. Sie würde verhindern, dass Konzerne ganze Wohnsiedlungen praktisch steuerfrei kaufen können. CDU und SPD haben diesem Antrag nicht zugestimmt. Den beiden großen Volksparteien ist in dieser Legislaturperiode erstaunlich wenig eingefallen, um die Immo-

bilienpreis- und Mietenexplosion einzudämmen. Ihre einzige Idee war die Mietpreisbremse. Und die funktioniert leider nicht.

Mietpreisbremse - aber richtig

Unsere Forderungen und Vorschläge: Der Vermieter muss belegen, wie viel Miete er dem Vormieter abverlangt hat. Wir wollen die zahlreichen Ausnahmen abschaffen - beispielsweise für möblierte Wohnungen. Denn es reicht momentan, ein altes Bett und einen Schrank in die Wohnung zu stellen, um die Mietpreisbremse zu umgehen. Und wir wollen, dass die Mietpreisbremse auch für Neubauten gilt.

Wir wollen neue Wege gehen, um schnell viele dauerhaft preisgünstige Mietwohnungen zu bekommen. Wohnungen, die anders als beim sozialen Wohnungsbau, nicht nach 10, 15 oder 20 Jahren aus der Mietpreisbindung fallen. Wir wollen die Wohnungsgemeinnützigkeit in einer neuen Form wiedereinführen. Sie würde eine Fülle von alternativen Bauträgen auf den Markt bringen.

Mit Wohnungsgemeinnützigkeit, einem entschlossenen Vorgehen gegen Immobilienspekulation und einer funktionierenden Mietpreisbremse könnte man die Mietenexplosion wirklich stoppen. Und dafür brauchen wir starke Grüne im Bund.

■ Lisa Paus,
Mitglied des Bundestages

Berlin kommt in Schwung

Warum Rot-Rot-Grün eine Chance ist, die wir nutzen müssen

Im September bietet sich die Chance die Große Koalition im Bund abzuwählen. Eine Koalition des Stillstands, ohne mutige Konzepte und Ideen für die Zukunft dieser Gesellschaft. Große Koalitionen sind schwerfällig und bremsen sich selbst aus.

In Berlin wurde die Große Koalition deshalb schon im letzten Jahr abgewählt. Die Berliner*innen hatten die Nase voll davon, dass ihre Stadt kaputt regiert wird. Was Berlin brauchte, war ein mutiger Neuanfang.

werden uns folglich nicht ausbremsen lassen, sondern kräftig Schwung in unsere Koalition bringen.

Stadtwerk schaffen

Wir schaffen ein Berliner Stadtwerk, für Ökostrom und Gebäudesanierung. Wir vollziehen den Kohleausstieg und schaffen ein Mobilitätsgesetz, dass Rad-, Fuß- und Wirtschaftsverkehr sowie ÖPNV endlich angemessen regelt und gerecht verteilt. Wir werden Menschen in Berlin zudem besser vor Diskriminierung schützen. Deshalb schaffen wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz. Unsere Koalition will nicht über die Köpfe der Menschen hinweg regieren, sondern mit ihnen zusammen. Deshalb erarbeiten wir mit der Stadtgesellschaft ein neues Leitbild Beteiligung.

An diesen Stellen treiben wir den Wandel voran, weil wir ihn dringend brauchen. Aber wir wissen auch, wo wir auf die Bremse treten müssen. So setzen wir uns im Land und den Bezirken für effektiven Mieter*innenschutz ein. Bei keinem anderem Thema wird jedoch so deutlich, dass wirklich tiefgreifende Gesetzesänderungen nur auf Bundesebene möglich sind. Wer in der Wohnungspolitik einen Wandel will, muss am 24. September Grün wählen.

Berlin braucht Wandel und unsere Koalition will Wandel. Das ist eine Chance, die wir nutzen. Einige Weichen können wir hier stellen, aber für viele Veränderungen braucht es die Bundesebene. Dort bemühen unsere Berliner Abgeordneten sich an Stellschrauben zu drehen. Denn Zukunft wird aus Mut gemacht. Seien Sie mutig: wählen Sie Grün.

■ Antje Kapek,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Fraktionsvorsitzende

Hol dir die Stadt zurück

Schließ mit uns den Flughafen Tegel und bring Berlin voran

Noch donnern in Tegel im Minutenrhythmus Flugzeuge über die Köpfe der Menschen hinweg. Jeden Tag. Bis zu 600 Mal. Hunderttausende Berliner*innen sind von dem Fluglärm betroffen – mehr als irgendwo sonst in Deutschland. Das wollen die Grünen ändern. Denn unter dem Rollfeld schlummert ein kleines Paradies. Denn das Gelände ist viel zu schade, um dort nur Flugzeuge starten zu lassen. In Tegel haben wir die große Chance, mehr als vier Millionen Quadratmeter Stadtraum neu mit Leben zu füllen.

Wohnräume & Wissenschaft statt Milliardengrab

Bereits seit 2004 steht fest: Der Flughafen muss sechs Monate nach Eröffnung des BER schließen. Die Entscheidung wurde mit deutlichen parlamentarischen Mehrheiten getroffen und von mehreren Gerichten bestätigt. Erst das Volksbegehren der FDP hat die Debatte neu aufgerollt. Beim Volksentscheid am 24. September 2017 können die Berliner*innen aber nicht über ein konkretes Gesetz abstimmen, sondern nur über eine unverbindliche Aufforderung an den Senat. Der Grund: Die FDP kann

selbst keinen plausiblen Weg für die Offenhaltung aufzeigen.

Allein für den Schallschutz müssten in Tegel rund 400 Millionen Euro investiert werden. Noch höher liegen die Kosten für die Sanierung der Infrastruktur: Hier fallen bis zu 1,1 Milliarden Euro an, denn sowohl das Gebäude als auch die Außenanlagen und die Technik wurden seit Jahrzehnten verschlissen und müssten bei einem Dauerbetrieb komplett saniert werden. Bündnis 90/Die Grünen will nicht in das nächste Berliner Milliardengrab, sondern in die Zukunft einer modernen und lebenswerten Stadt investieren.

Vielen Berliner*innen ist Tegel ans Herz gewachsen. Aber selbst wenn der Flughafen offen bleibt, werden in Zukunft nicht mehr Berliner Bürger*innen von dort in den Urlaub fliegen, sondern nur noch Privat- und Regierungsjets abheben. Denn am Ende werden alle großen Airlines zum BER wechseln. Berlin braucht keinen steuerfinanzierten VIP-Flughafen, sondern einen rentablen Flughafen für Alle.

Mit der Schließung von Tegel können sich die Berliner*innen ihre Stadt zurückholen – und sie voranbringen. Schon bald wird auf dem Flughafen-gelände dringend benötigter Wohnraum entstehen – auch für Menschen

mit geringem Einkommen. Rund 9.000 neue Wohnungen sind geplant. Davon profitieren alle Berliner*innen, denn mehr Wohnraum im Norden senkt den Druck auf die Mietpreise in der ganzen Stadt.

Neue Arbeitsplätze schaffen

Außerdem wird in Tegel der Wissenschaftsstandort Berlin gestärkt. Die Beuth Hochschule für Technik bekommt dort dringend benötigte Räume. Gleichzeitig werden mit dem geplanten Forschungs- und Industriepark bis zu 20.000 neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze für die Berliner*innen geschaffen, die jährlich 180 Millionen Euro mehr an Steuereinnahmen bringen könnten.

Und wo seit Jahrzehnten Flugzeuge über den Asphalt rollen, wird schon bald der zweitgrößte Park der Stadt entstehen, in dem sich auf 250 Hektar alle Berliner*innen entspannen und erholen können. Das Paradies ist zum Greifen nah.

Mehr Infos gibt es unter www.gruene.berlin/tegel.

■ Werner Graf,
Landesvorsitzender

Faire Mieten sind möglich

Ob Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen, Abriss oder teure Modernisierungen. Immer noch wird mehr Wohnraum vernichtet als neuer geschaffen wird. Immer mehr Mieter*innen müssen um ihre Rechte fürchten oder sich teuren Gerichtsverfahren aussetzen. So kann es nicht mehr weiter gehen, das Bundesrecht muss radikal reformiert werden. Einige Vorschläge für ein neues, faires Miet- und Baurecht auf Bundesebene.

Für uns Grüne ist es zentral, das Primat des Gemeinwohls in der Mieten- und Wohnungspolitik wieder herzustellen. Grüne Stadträt*innen gestalten bereits seit einigen Jahren die Wohnungspolitik in einigen Bezirken. Doch immer häufiger stoßen wir an Kompetenz- und Ressourcengrenzen. Während CDU und SPD seit Jahren über eine weitgehend wirkungslose Mietpreisbremse diskutieren und nichts passiert, setzen wir uns von den Bezirken bis zum Bund für tiefgreifende Veränderungen ein und reizen dabei die Bezirkskompetenzen so gut es geht aus. Doch gleichzeitig legen Investor*innen seit der Finanzkrise ihr Geld verstärkt in Immobilien an, mit hohen Renditeerwartungen. Der Trend zum Wachstum einzelner Akteure ist ungebrochen. Dabei zeigt sich der Einfluss des Bundes durch das Miet- und Baurecht auf die Bezirke immer deutlicher. Und somit treten auch immer mehr Schlupflöcher zu Tage, die dringend geschlossen werden müssen. Wir Grüne haben weitreichende Forderungen im Bereich des Miet- und Baurechts für den Bund, die die Bezirke dringend brauchen, um vor Ort die Mieter*innen besser schützen zu können.

Milieuschutz zum schlagkräftigen Mieterschutzinstrument entwickeln

So wichtig der Milieuschutz bereits heute ist, er muss noch schlagkräftiger werden. Bis zum Jahr 2005 war es möglich, Mietpreisdeckelungen für Bestandsmieter*innen in sozialen Erhaltungsgebieten festzulegen – was jedoch gerichtlich gekippt wurde. Wir wollen, dass Mietobergrenzen in Erhaltungsgebieten (sowie in Sanierungsgebieten) wieder ermöglicht und durch entsprechende bundesrechtliche Gesetzesänderungen gerichtsfest eingeführt werden. Es gilt, den Milieuschutz zu einem Mieterschutzinstrument weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch, die Umlage von Modernisierungen stärker als bisher zu regulieren und die schädliche Modernisierungsumlage abzuschaffen. Insbesondere der Missbrauch von energetischen Modernisierungsmaßnahmen, die keinerlei Nutzen für Klima und Menschen haben, ist zu verhindern. Es muss möglich sein, zweifelhafte Geschäftspraktiken, die einzig auf einen

Mieter*innenwechsel ausgerichtet sind, zu unterbinden.

Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen wirkungsvoll verhindern

Zum Schutz der Mieter*innen vor Verdrängung und zum Erhalt von preiswerten Wohnraum fordern wir, dass es Ländern mit angespannten Wohnmärkten zukünftig ermöglicht wird, das Umwandlungsverbot für die ganze Stadt zu erlassen – unabhän-

der der Verordnung dennoch erfolgen muss, wenn die/der Eigentümer*in sich verpflichtet, innerhalb von sieben Jahren nur an die Mieter*innen zu verkaufen, muss gestrichen werden. Denn diese Ausnahme torpediert den Milieuschutz. Immer mehr Wohnungen werden so zu Spekulationsobjekten und führen zu steigenden Mieten. Auch müssen die Kündigungsfristen aufgrund von Eigenbedarf für die Mieter*innen vereinheitlicht und ausgebaut werden, denn es gibt unterschiedliche Fristen von drei bis zehn Jahren.

delten Kaufpreis von Käufer*in und Verkäufer*in zahlen. Erst bei einer deutlichen Überschreitung des durch ein gutachterliches Wertermittlungsverfahren festgestellten Verkehrswerts kann der Kaufpreis herabgesetzt werden. Wie hoch diese Überschreitung sein muss, darüber streitet derzeit der Bezirk Tempelhof-Schöneberg mit der bundeseigenen BImA. Hinzu kommt, dass in die Verkehrswertermittlung auch die Verkaufspreise von Veräußerungen der direkten Nachbarschaft einfließen, sprich ein spekulatives Element be-

mit unterschiedlichen Einkommensverhältnissen unterstützen.

Mietspiegel verbessern

Daneben wollen wir den Mietspiegel mieterfreundlicher ausgestalten, indem wir die Mieten der letzten zehn Jahre zur Bildung der ortsüblichen Vergleichsmiete im Mietrecht heranziehen statt nur die Mieten der letzten vier Jahre. So verkleinern wir den Rahmen für allgemeine Mieterhöhungsmöglichkeiten, die auf keinerlei Wertsteigerung der Immobilie basieren. Außerdem wollen wir, dass zukünftig die Anwendung des Mietspiegels in angespannten Städten für die Vermieter verpflichtend genutzt werden muss. Seit Jahren versucht die Deutsche Wohnen durch eine Lücke im Mietrecht, vom Mietspiegel abzuweichen und die Mieten durch Vergleichswohnungen (ihre teuren im Bestand) zu erhöhen. Zwar stoppen die Gerichte diesen dreisten Versuch, doch oft müssen die Mieter*innen jahrelang vor Gericht für ihre Rechte kämpfen. Dieser Missstand gehört abgeschafft.

Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Wohnungspolitische Sprecherin



Mietshäuser in Kreuzberg

Foto: ck

gig von den Milieuschutzgebieten. Knapp 13.000 Mietwohnungen wandelten Hauseigentümer im vergangenen Jahr in Eigentumsobjekte um. Das sind fast so viele Wohnungen, wie im ganzen vergangenen Jahr neu gebaut wurden. Friedrichshain-Kreuzberg ist mit mehr als 3.200 umgewandelten Mietwohnungen im vergangenen Jahr trauriger Spitzenreiter, noch vor dem Bezirk Mitte mit 2.000 Umwandlungen. Besonders brisant ist, dass 2.800 umgewandelte Wohnungen, die künftig nicht mehr Mieter*innen, sondern Eigentümer*innen nutzen, befinden sich in Gebieten mit Milieuschutz. Die Eigentümer*innen nutzen ein Schlupfloch im Baugesetzbuch: Diese derzeit bestehende Ausnahme, dass eine Umwandlung trotz entsprechen-

der der Verordnung dennoch erfolgen muss, wenn die/der Eigentümer*in sich verpflichtet, innerhalb von sieben Jahren nur an die Mieter*innen zu verkaufen, muss gestrichen werden. Denn diese Ausnahme torpediert den Milieuschutz. Immer mehr Wohnungen werden so zu Spekulationsobjekten und führen zu steigenden Mieten. Auch müssen die Kündigungsfristen aufgrund von Eigenbedarf für die Mieter*innen vereinheitlicht und ausgebaut werden, denn es gibt unterschiedliche Fristen von drei bis zehn Jahren.

Vorkaufsrecht erleichtern

Wir wollen vom reinen Marktwert weg und ein Berechnungsmodell entwickeln, dass keine spekulativen Wertsteigerungen enthält. Der bisherigen Rechtsprechung zufolge muss der Bezirk in den Kaufvertrag einsteigen, sprich den ausgehan-

sitzt. Hohe Kaufpreise haben zur Folge, dass sie sich dauerhaft kaum über preiswerte Mieten erwirtschaften lassen. Deshalb wollen wir das Verfahren ändern, das spekulative Moment in der Berechnung streichen und den am Mietspiegel orientierten Ertragswert stärker gewichten. Die maximal zulässige Überschreitung soll bei 10 Prozent des Wertes liegen. Insgesamt wollen wir damit eine signifikante Zahl von Wohnungen dauerhaft vor Spekulation schützen. Beim Verkauf der einzelnen Wohnung haben die betroffenen Mieter*innen zwar ein Vorkaufsrecht, können es sich aber oft nicht alleine leisten. Wir wollen dieses Mietervorkaufsrecht auch auf Genossenschaften, welche die Mieter*innen gründen, ausweiten. So wollen wir Hausgemeinschaften

Gegen die Touristifizierung Berlins

Der Massentourismus erzeugt No Go Areas mitten in der Stadt. Das Berliner Tourismuskonzept muss überarbeitet werden, bevor Zustände wie in Barcelona erreicht werden.

Läuft man abends zwischen Schlemmer- und Frankfurter Tor sieht man betrunkenen Horden durch die Straßen ziehen, die bis tief in die Nacht grölen, die Stadt vermüllen und sich in Hinterhöfen erleichtern.

Die Ballermannisierung Berlins führt dazu, dass Einwohner bestimmte Ecken der Stadt meiden. Welcher Berliner geht heute freiwillig abends an die Warschauer Straße? Diese Teile Berlins werden zu No Go Areas für Einheimische. Dort entsteht eine Mono-Ökonomie, die nur die kurzfristigen Bedürfnisse von Touristen bedient. Schnellrestaurants und Cocktail-Bars reißen sich aneinander. Eine diversifizierte Ladenstruktur, welche sich an den alltäglichen Bedürfnissen der Anwohner ausrichtet, verschwindet.

Die schwerwiegendste Folge der Massentourismus ist die Nutzung von

potentiellem Wohnraum durch Hotels und Ferienwohnungen in einer Stadt, die unter akutem Wohnungsmangel leidet. Jedes Jahr entstehen dutzende neue Hotels mit tausenden von Betten. Die Bewohner Berlins brauchen keine neuen Hotels, die noch mehr Touristen in die Stadt bringen, sie brauchen bezahlbaren Wohnraum.

Ferner sollten keine neuen Ferienwohnungen in bereits stark besuchten Bezirken zugelassen werden. Zum Aufspüren von illegalen Ferienwohnungen könnte sich Berlin am Vorgehen der Behörden in Mallorca orientieren. Dort bekommt jede angemeldete Ferienwohnung eine Kennziffer, welche in der Anzeige auf Ferienwohnungsportalen sichtbar sein muss. Auf diese Weise ließen sich schnell legal von illegal vermieteten Wohnungen unterscheiden.

Der Besucherstrom lässt sich nur durch eine Limitierung der Unterkünfte begrenzen. Eine Verknappung des Angebots wird jedoch bei der hohen touristischen Nachfrage eine Erhöhung der Preise zur Folge haben. Vor diesem Hintergrund tut sich das Dilemma des Billigtourismus auf. Die Demokratisierung des Reisens ist prinzipiell zu begrüßen, da sie allen Menschen ermöglicht zu reisen. Gleichzeitig bringen Flüge und Hotelbetten zu Spottpreisen solche Phänomene wie Junggesellenabschiede und Partytourismus mit sich. Wie also gegen den Tourismus vorgehen, ohne ihn wieder zu einem Privileg der Besserverdiener zu machen?

Die Politik ist gefordert ein nachhaltiges Konzept zu entwickeln, welches nicht wie bisher auf neue Besucherrekorde, sondern auf einen verträgli-

chen Tourismus setzt. Die steigenden negativen Auswirkungen des Tourismus auf den Alltag der Berliner sollten sich auch in der politischen Debatte spiegeln. Es müssen Maßnahmen gegen eine Touristifizierung Berlins ergriffen werden, bevor Zustände wie in Barcelona oder Venedig erreicht werden, in denen komplette Stadtteile den Touristen überlassen wurden und ganze Häuserzeilen nur aus Ferienwohnungen bestehen.

Im Übrigen ist eine Begrenzung des Tourismus auch im Sinne der Touristen. Wer will schon in eine Stadt reisen, in der man nicht willkommen ist, die ihre Authentizität verliert und wo man nur von anderen Touristen umgeben ist?

■ M. S.



Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:

Henry Arnold (ha)
Caroline Ausserer (aus)
Katrin Schmidberger
Maxi Hoffmann
Christian Köneke (V.i.S.d.P.) (ck)
Werner Heck (wh)

Fotos Inhaltsleiste Seite 1:

ck (3),
Erik Marquardt(1)

Kontakt zur Redaktion:
stachel@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:
www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: Jörn Jaath

Auflage: 15.000
Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: +49 30 614 31 46
Fax: +49 30 614 31 42
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Eine Spurensuche wider das Vergessen

Anfang des Jahres 2016 wurde das Gelände der Bockbrauerei zwischen Fidicin- und Schwiebusser Straße in Kreuzberg an die Bauwert Investment Group verkauft. Kurz darauf war zu hören, dass der neue Eigentümer hauptsächlich hochpreisigen Wohnungsbau plane und einen Großteil der bestehenden Gebäude dafür abreißen will. Damit würde ein weiterer Ort mit Geschichte verschwinden. Weshalb sich die BVV - neben der Sicherung der dort vor Ort existierenden gewerblichen und kulturellen Nutzung - auch dafür ausgesprochen hat, die ehemalige Bockbrauerei unter Denkmalschutz zu stellen und damit die gleichnamige Initiative zu unterstützen. Die Bockbrauerei war Rüstungsfabrik und ein Ort der Zwangsarbeit. Deshalb hier nun eine Spurensuche wider das Vergessen von Karin Dittmar von der Initiative Denkmalschutz für die Bockbrauerei.

Zwangsarbeit für den „totalen Krieg“

Lange blieb verschwiegen und verdrängt, dass in der NS-Zeit in den historischen Brauereikellern eine geheime unterirdische Rüstungsfabrik betrieben wurde.

Kein anderer Ort der NS-Zwangsarbeit in der unterirdischen Rüstungsproduktion in Berlin ist in dieser Authentizität, in seiner Integrität, so gut erhalten geblieben und dokumentiert, wie die baulichen Anlagen der historischen Brauereikeller, in denen die Telefunken GmbH 1944/45 eine unterirdische Rüstungsfabrik betrieben hat. Die dort eingesetzten Zwangsarbeiter*innen waren unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Total verfügbar, verdingt zur Zwangsarbeit in der 10 Meter unter der Erde gelegenen geheimen Rüstungsfabrik, existierten sie nur noch als „Schattenmenschen“.

Eine Rüstungsfabrik in den Bockbrauerei-Kellern

1943 setzte die britische Bombenoffensive auf Berlin, das Machtzentrum des NS-Regimes, ein. Briten und Amerikaner bombardierten gezielt die „kriegswichtigen“ Industrieanlagen, vor allem Anlagen der Rüstungsindustrie. Um trotz der Bombenoffensive auf Berlin die Rüstungsproduktion für den „totalen Krieg“ weiter betreiben zu können, organisierten die NS-Rüstungsbehörden mit aller Macht die systematische Verlagerung dieser Produktionsstätten in unterirdische

Anlagen. Mehrere Berliner Brauereien mussten ihre großräumigen, tief unter der Erde gelegenen Brauereikeller für den „totalen Krieg“ des NS-Regimes zur Verfügung stellen. Auch die in der Kreuzberger Fidicinstraße gelegene Bockbrauerei musste ihre historischen Brauereikeller für die Verlagerung von Teilen eines großen „kriegswichtigen“ Unternehmens zur Verfügung stellen: die 10 Meter unter der Erde gelegenen riesigen Lagerkeller und der 560 m² große ehemalige Gärkeller waren aus Sicht der NS-Behörden für die Anlegung einer geheimen unterirdischen Rüstungsfabrik für die Firma Telefunken „bemerkenswert geeignet“.

Röhren für den „totalen Krieg“

Die von Telefunken im Berliner Bezirk Moabit produzierten Röhren waren eminent „kriegswichtige“ Bauelemente für die Führung des elektronikgestützten „totalen Krieges“. Die Rüstungsbehörden trafen im Frühjahr 1944 geheime Absprachen mit Telefunken um dort eine große unterirdische Rüstungsfabrik für die Röhrenfertigung zu betreiben. Der Tarnname für die geplante Zugangsbunker-Anlage und die in den Brauereikellern angelegte Rüstungsfabrik lautete „LORE 2“. Eine Einheit der paramilitärischen Bautrupps Organisation Todt übernahm die Leitung und Ausführung der Baumaßnahmen für die Anlegung der Rüstungsfabrik. Die O.T. ließ mit speziellem Bunkerbeton einen „Zugangsbunker“ und eine 2m dicke Zerschelldecke über den Kellerräumen errichten. Sowjetische Kriegsgefangene und weitere



Bockbrauerei im Bergmannkiez

Foto: ck

Zwangsarbeiter mussten die Bauarbeiten ausführen.

Die unterirdischen Produktionsstätten

Die Kellerflächen für die Rüstungsproduktion umfassten insgesamt 3.835 m². Für die Anlegung der geheimen Rüstungsfabrik wurde für jeden der 19 Brauereikeller eine detaillierte „Maschinenplanung“ vorgenommen. Insgesamt waren ca. 200-250 Arbeitsplätze für die Rüstungsproduktion in den Kellerräumen 2-20 eingerichtet. Im größten, 560 m² großen Keller, waren etwa 40 Arbeitsplätze vorhanden. Da im Dreischichtbetrieb gearbeitet wurde, wurden etwa 500 Arbeitskräfte eingeplant. In mehreren Kellerräumen wurden an Gas- oder Elektro-Öfen Metalle bearbeitet. Die Arbeiter*innen waren absolut unmenschlichen Arbeitsbedingungen (extreme Hitze, notdürftige Belüftung, ständiger Maschinenlärm, hohe Unfallgefahr) schutz- und rechtlos ausgesetzt.

Strategische Nähe

Die örtliche Nähe der Bockbrauerei zum „Zentralflyghafen“ in Tempelhof war ein wichtiges Kriterium für die Anlegung der geheimen Rüstungsfabrik. Die in der Rüstungsfabrik gefertigten Röhren waren vor allem Spezialröhren für den Luftkrieg. Von Anfang 1940 bis Kriegsende wurden im größten Teil des neuen Flughafengebäudes von der „Weser“ Flugzeug GmbH in großer Zahl Militärflugzeuge gefertigt. In die Bordsysteme der hier hergestellten Kampfflugzeuge wurden die von Telefunken produzierten „Röhren“ eingebaut.

Des Weiteren wurden in der unterirdischen Rüstungsfabrik Röhren für das Raketenprogramm der Nazis gefertigt. Die mörderische Großrakete „A4“ wurde von der Reichsluftwaffe 'probeweise' zu Angriffen gegen die Zivilbevölkerung in England, Frank-

reich und Belgien eingesetzt. Bis Ende März 1945 starteten über 3.000 „A4“ auf Städte in diesen Ländern und töteten dort 8.000 bis 12.000 Menschen.

Zwangsarbeiter*innen für Bau und Produktion

Bereits im Mai 1944 wurden 50 KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen für

Ausräumarbeiten in den Kellern eingesetzt. Im Juli 1944 arbeiteten an den Baumaßnahmen: 78 deutsche Arbeiter, 68 „freie“ Ausländer/westeuropäische zivile NS-Zwangsarbeitende, 2 italienische Militärinternierte, 5 polnische Arbeiter und 135 „Ostarbeiter“. Auf dem Bockbrauerei-Areal befanden sich mehrere Lager für westeuropäische zivile NS-Zwangsarbeitende. Die Bauarbeiten für die Anlegung des Zugangsbunkers und der unterirdischen Rüstungsfabrik mussten sowjetische Kriegsgefangene ausführen. Sowjetische Kriegsgefangene wurden in der NS-Zeit an unterster Stelle in der rassistischen Hierarchisierung der Zwangsarbeitenden eingeordnet. Sie erhielten nur Hungerrationen, mussten als Zwangsarbeitende Schwerstarbeit unter strengster Bewachung leisten. Für die Produktion wurden vor allem Zwangsarbeiter*innen aus Osteuropa („Ostarbeiter“) eingesetzt. In der Produktion arbeiteten im Oktober 1944 zunächst 250 Arbeitskräfte im Dreischichtsystem. Im November 1944 kam ein neuer Fertigungsteil hinzu; weitere 111 Arbeitskräfte wurden für die Röhrenproduktion eingestellt. Der Vollbetrieb sollte im Januar 1945 mit eingeplanten insgesamt 500 Arbeitskräften erfolgen.

Wider das Vergessen

In der in den Bockbrauerei-Kellern fanden Verbrechen gegen die Menschlichkeit statt.

Die Denkmalrechtliche Unterschutzstellung ist ein formaler Schritt, ein vielschichtiger Prozess aktiver Erinnerungsarbeit aus der Mitte der Zivilgesellschaft wider das Vergessen. Die Initiative „Denkmalschutz für die Bockbrauerei“ wird diesen Prozess aktiver Erinnerungsarbeit wider das Vergessen mitgestalten, damit das an diesem Ort Geschehene nicht länger ein „blinder Fleck“ bleibt!“

Karin Dittmar, Initiative „Denkmalschutz für die Bockbrauerei!“

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

BÜNDNIS 90



DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

www.gruene-xhain.de

Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de
Fon: 614 3146 – Fax: 614 3142
Bezirksassistentin: Marion Holzapfel
Bürozeiten:
Di 15-18, Do 9-13, Fr 12-15 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss:

Vasili Franco, Karl-Heinz Garcia Bergt, Theresa Kalmer, Sebastian Kitzig, Alexandra Neubert, Joana Zuehlke

Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

Fraktion im Bezirksparlament

Yorckstraße 4-11 – 10965
fraktion-xhain@gruene-berlin.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion
Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930
Fraktionsassistentin: Britta Byszio
Bürozeiten:
Mo + Di 13-17, Mi 14-18, Do 10-14 Uhr

Fraktionsvorstand:

Annika Gerold, Sarah Jermutus, Julian Schwarze, Andreas Weeger, Deniz Yıldırım

Unsere Vertretung im Bundestag

Christian Ströbele
Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost
www.stroebele-online.de
Parlamentsbüro:
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-christian.stroebele@bundestag.de
Wahlkreisbüro:
Hans-christian.stroebele@wk.bundestag.de

Kreuzberg:

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
Fon: 61 65 69 61 – Fax: 39 90 60 84

Friedrichshain:

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
Fon: 29 77 28 95 – Fax: 39 90 60 84

Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de
Fon: 66 76 30 00 - Fax: 29 35 08 75
Treffen: montags ab 19 Uhr

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de
Fon: 2325 2401 - Fax: 2325 2409

Turgut Altug, direkt gewählt |
Fon: 2325 2430

Canan Bayram, direkt gewählt |
Fon: 2325 2431

Marianna Burkert-Eulitz, direkt gewählt |
Fon: 2325 2461

Antje Kapek | Fon: 2325 2401

Katrin Schmidberger, direkt gewählt |
Fon: 2325 2474

Dr. Stefan Taschner | Fon: 2325 2446

Fatoş Topaç | Fon 2325 2427

Daniel Wesener | Fon 2325 2421

Wahlkreisbüros

Marianne Burkert-Eulitz, Antje Kapek und Daniel Wesener | Dein grünes Büro
Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin
Di 10-15, Mi und Do 11-16 Uhr

Dr. Turgut Altug, Katrin Schmidberger und Dr. Stefan Taschner
Großbeerstraße 16 - 10963 Berlin
Di 9-15, Mi 11-17 und Do 13-19 Uhr
Fon: 2362 9300

Canan Bayram
Schreinerstraße 6 - 10247 Berlin
Termin nach Vereinbarung
Fon: 2325 2431

Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost
www.stroebele-online.de
Parlamentsbüro:
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de



Ausstellung - معرض

REFUGEES in Bewegung 4

الألاجئين في حركة 4



Der Verein **Peace Train Berlin e.V.** lädt Sie und Ihre Freunde herzlich ein.

Vernissage mit syrischer Live Musik

Gäste: **ARKADA Band**

Samstag, 2. September 2017 18:00

تشرف جميعه فطار السلام برلين بدعوتكم لحضور المعرض الجماعي والذي سيشترك فيه كل

MAGED . HOUMSI – NARGES . TAVAKKOLI

FRANZISKA . HOUMSI

Hornstraße 7-8 , 10963 Berlin

in den Räumen der **Christuskirche** Kreuzberg



Prenzlauer Berg-Ost

Für mehr Empathie auf den Straßen

In Berlin ist ja Freundlichkeit bekanntlich nicht an jeder Ecke zu finden. Besonders im Straßenverkehr scheint diese manchmal aber völlig zu fehlen.

Hektik, Rücksichtslosigkeit und eine zunehmende Aggressivität bestimmen unseren (Verkehrs)Alltag. Na klar, wir alle wollen so schnell wie möglich von A nach B kommen. Aber wehe, da ist eine rote Ampel, eine Baustelle, ein auf der Fahrbahn parkender Lieferwagen. Das nimmt die/der/das Berliner*in schnell persönlich. Das Hindernis, das Ärgernis, der Feind - ist immer der oder die Andere - ob Fußgänger*in, Radfahrer*in, ÖPNV-Benutzer*in oder Autofahrer*in.

Berlin nimmt Rücksicht

Warum sind wir eigentlich so aggressiv und egoistisch im Straßenverkehr? Klar, in Berlin und Umland wohnen immer mehr Menschen. Die Straßen sind voller. Der Straßenraum ist gefühlt enger. Viele von uns meinen, dass sie weniger Zeit als früher haben. Auch tragen die allgegenwärtigen Spielereien am Handy sicher nicht dazu bei, dass sich Menschen aufmerksamer im Verkehr bewegen.

All das können Ursachen für eine deutlich geringere Verkehrssicherheit auf unseren Straßen sein. Es fährt aber keine LKW-Fahrer*in eine Radfahrer*in mit Absicht um und keine Fahrradfahrer*in stürzt sich freiwillig auf eine Fußgänger*in. Das muss doch auch anders gehen. Es wird Zeit umzudenken. Selbst in Berlin sollten wir mehr aufeinander acht geben.

Daran erinnert und sensibilisiert eine in diesem Jahr von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz erneut aufgelegte Kampagne. „Berlin nimmt Rücksicht“ ist der programmatische Titel und wird wieder auf vielen Wegen für ein besseres Miteinander im Berliner Straßenverkehr werben. Unterstützt wird die Kampagne von einer großen Anzahl von Organisationen, Verbänden und Firmen.

Durch die Kampagne soll gezeigt werden, welche Gefahren im Straßenverkehr lauern, wenn man nur an sich und nicht auch an die anderen Verkehrsteilnehmer*innen denkt. Auch sollen die Motive dazu anregen, über den alltäglich gelebten Egoismus nachzudenken.

Leider gibt es keine Sofortpakete, die unsere Probleme im Straßenverkehr lösen können. Die städtische Infrastruktur wird nur Schritt für Schritt umgestaltet werden können. Barrierefreiheit, Schulwegsicherheit, sichere Fuß- und Radwege in Berlin umzusetzen, ist eine Mammutaufgabe, der wir mit Mut, Augenmaß und Respekt begegnen. Und Freundlichkeit und Rücksichtnahme lassen sich bekanntlich auch nicht impfen.

Ein zusätzlicher Schritt für mehr Verkehrssicherheit ist das nunmehr im Entwurf vorgelegte integrierte Mobilitätsgesetz, in dem mit dem Radgesetz eine wichtiger Baustein verankert ist. Mit größter Sorgfalt,

viel Einsatz und in kürzester Zeit wurde am Gesetzentwurf gearbeitet - gemeinsam mit Verbänden und der Initiative Volksentscheid Fahrrad. Das ist einmalig in Deutschland und mit Sicherheit richtungsweisend. Das Radgesetz mit seinen umfassenden Regelungen zur Verkehrssicherheit ist im Übrigen zum Wohle aller Verkehrsteilnehmer*innen. Denn geschützte Radfahrer*innen bringen weniger Konfliktpotential mit anderen Verkehrsteilnehmer*innen.

Mobilitätsgesetz kommt

Bleibt noch ein anderer Aspekt aufzurufen, wenn es um Verkehrssicherheit geht. Die Umsetzung von Gesetzen, auch die Befolgung von (Verkehrs-)Regeln erzeugt sofort den Ruf nach Kontrolle. Aber natürlich nur nach der Kontrolle der Anderen, je nachdem, womit ich selbst gerade unterwegs bin. Eine totale Kontrolle wird es zu Recht nie geben.

Wir haben es selbst in der Hand. Mit gegenseitiger Rücksichtnahme und Empathie klappt das. Jeden Tag ein bisschen besser. Dafür wirbt die Kampagne. Dafür werben wir von Bündnis 90/Die Grünen.

■ **Jens-Holger Kirchner,**
Mitglied des Kreisverbands
Pankow

Bezahlbare Wohnungen

Derehemalige Güterbahnhof Greifswalder Straße ist eine Brachfläche in bester Lage im Prenzlauer Berg mit guter Verkehrsanbindung an Tram und S-Bahn. Parkflächen zur Naherholung befinden sich in direkter Nähe. Diese Qualitäten wollen wir nutzen um dort gute und günstige Wohnungen zu bauen und so den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt zu reduzieren. Deshalb ist es die Aufgabe von Bezirk und Wohnungsbaugesellschaften in den nächsten Jahren, dieses wertvolle Grundstück zu erschließen.

Zuerst wird ein neuer Bildungscampus das Angebot der Schule am Planetarium verbessern. Damit können wir dem steigenden Bedarf an Schulplätzen besser gerecht werden. So können die Schülerinnen und Schüler im Prenzlauer Berg einen Schulplatz bekommen, der nahe an ihrem Wohnort liegt und sie können im Idealfall früh selbständig den kurzen Schulweg bewältigen.

Ein Grundsatz für die geplante Bebauung auf dem Güterbahnhof Greifswalder Straße ist eine lichte und aufgelockerte Struktur der Wohnhäuser. So soll die Idee vom Wohnen im Grünen aus dem Thälmann-Park aufgenommen werden, ohne dass neue Hochhäuser zur Verschattung der bestehenden Wohnungen führen. Deshalb wird die Höhe der neuen Häuser auf die Höhe der Nachbarbebauung in der Lilli-Henoch-Straße begrenzt. Eine durchgehende grüne Wegeverbindung vom Park am Planetarium über die Schwimmhalle bis zum Anton-Safekow-Park ergänzt die Bebauung.

Ein Ziel für die neuen Wohnhäuser ist eine noch bessere Versorgung mit

der Infrastruktur für den Alltag, wie Einkaufsmöglichkeiten und Bildungs- oder Freizeittstätten. Dadurch wird das Viertel attraktiv und lebendig, so dass tagsüber der Publikumsverkehr auch aus den umliegenden Wohnquartieren den ehemaligen Güterbahnhof belebt.

Das wichtigste sind aber die neuen Wohnungen, die mehr innerstädtisches Wohnen günstig und zentral ermöglichen werden. Deshalb ist es wichtig, das südliche landeseigene Grundstück so effektiv wie möglich zu nutzen und in diesem Bereich der neuen Bebauung ausreichend neue Wohnungen zu schaffen. Diese Wohnungen sollen nach modernen Kriterien hell und barrierefrei erstellt werden. Eher kleine Wohnungsgrundrisse sind passend für Senior*innen oder Student*innen. Die Häuser sollen sich gut in die typische Berliner Bestandsbebauung einfügen und nicht als Fremdkörper empfunden werden. Deshalb soll die Bebauung blockrandbildend der Greifswalder Straße folgen. In der Lilli-Henoch-Straße wird sie sich ebenfalls blockrandbildend an die Bestandsbebauung anpassen.

Selbstverständlich müssen diese Planungen im Detail mit den Anwohner*innen der umliegenden Wohnquartiere rückgekoppelt werden, um deren Wünsche und Bedürfnisse mit aufnehmen zu können. So kann das neue Wohnviertel ein Kiez für alle werden, für die Alteingesessenen, die Neugeborenen und die neu Zugezogenen.

■ **Daniela Billig,**
Bezirksverordnete in Pankow

Im Mühlenkiez werden Tatsachen geschaffen

Städtebauliches Konzept ISEK fängt an zu wirken

Kurz vor Beginn der Sommerferien hat der Mühlenkiez sein 40-jähriges Bestehen mit einem wunderschönen Kiezfest gefeiert. 40 Jahre ist es nun her, dass das Wohn-Ensemble mit diversen 11-Geschossern, Kitas, dem Jugendclub, zwei Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Spielplätzen und sehr guter Verkehrsanbindung zu DDR-Zeiten gebaut wurde. Nicht wenige wohnen hier schon seit 1977. In den 40 Jahren ist viel passiert und die Mieterinnen und Mieter haben die Verwandlung ihres Kiezes mit lang anhaltendem Engagement mitverfolgt. Unterstützt durch Impulse von außen ist seit neun Jahren der Nachbarschaftsverbund Mühlenkiez aktiv, der nun, gemeinsam mit der Gewobag und der Wohnungsbaugenossenschaft Zentrum e.G. das Fest mit zahlreichen Ständen, tollen Angeboten für Kinder und Jugendliche und einem buntem Kulturprogramm ausgerichtet hat. Das wichtigste Anliegen des Nachbarschaftsverbunds Mühlenkiez ist neben dem geselligen nachbarschaftlichen Miteinander noch immer, die Verbesserung des Wohnumfelds. Die Wege, die Spiel- und Bolzplätze, die Rabatten und der Quartierspavillon sind allesamt in jämmerlichem Zustand. Der Bezirk konnte in der Vergangenheit nie genug Geld in die Hand nehmen,



Mühlenkiez an der Greifswalder Straße

Foto: ck

um daran grundsätzlich etwas zu ändern. Die Defizite sind nach einigen Befragungen im Kiez bekannt. Ein Projekt des Jugendamtes und das Projekt „Ohne Moos was los“ der TU Berlin haben die Grundlagen gelegt, für das, was vor zwei Jahren in der Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

beschlossen wurde: Das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) für die Großsiedlung Greifswalder Straße, also den Mühlenkiez. Damit hat die BVV Pankow einen Prozess der Wohnumfeldverbesserung angestoßen, der den Mühlenkiez aus seinem jahrelangen Dornröschenschlaf wachküssen

wird – und das bevor das benachbarte Neubaugebiet in der Michelangelostraße richtig begonnen wurde. Der Senat wird maßnahmenbezogenen Mittel aus dem Städtebaufördertopf Stadtbau Ost zur Verfügung stellen. Insgesamt sollen in den nächsten zehn Jahren Investitionen von ca. 42 bis 45 Millionen

Euro in den Mühlenkiez fließen. Auf einer öffentlichen Veranstaltung wurde am 30. Mai der Abschlussbericht hierfür in der „Wabe“ vorgestellt. Inzwischen wurde dieser Bericht auch vom Bezirksamt beschlossen und an die BVV sowie den Senat übergeben. Hierin werden für acht Handlungsfelder (Gemeinwesen; Grün- und Freiraum; Freizeit und Sport; Bildung und Kultur; Wohnen; Handel und Nahversorgung; Mobilität und Infrastruktur; Umwelt und Naturschutz) etwa 40 große und kleine Einzelmaßnahmen benannt, die in verschiedenen Schritten umgesetzt werden sollen. Die zwei vordringlichsten Notwendigkeiten auf diesem Weg sind die Erneuerung des Bolzplatzes hinter dem Atelier (Hanns-Eisler-Str. 6) und die Einstellung einer/s Gebietsbeauftragten für die Koordinierung der weiteren Schritte. Diese beiden Maßnahmen sind bereits für dieses und nächstes Jahr mit der Finanzierungszusage des Senats über 405.000 Euro auf den Weg gebracht. Es geht jetzt also los: Nach den vielen Befragungen und vorbereitenden Erhebungen der letzten Jahre ist es an der Zeit, im Mühlenkiez für sichtbare Verbesserungen zu sorgen.

■ **Constanze Siedenburg,**
Kreisvorsitzende Pankow